

Nun ist es raus: Wir Deutschen sind nicht nur Drückeberger, wenn es ums Schießen geht, auch an der Arbeitsfront läuft der Rückzug. Denn Arbeiter in Deutschland machen oft „blau“. Das haben Arbeitswissenschaftler, Politiker und Funktionäre von Arbeitgeberverbänden herausgefunden. Im das zu verändern überlegen diese, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (1956 durch Streik erkämpft, 1970 gesetzlich abgesichert) für den ersten oder die ersten drei Krankheitstage wieder abzuschaffen.

In der SPIEGEL-Titelstory in Heft 18/91 wird der „Blaumach-Skandal“ der Nation verkündet: „Die Wohltat der Fortzahlung erfahren in der alten BRD täglich 1,5 Mio. Arbeitnehmer, die sich krank gemeldet haben.“

„Letztes Jahr blieben die werktätigen Bundesbürger im Schnitt 8,5 von 100 Arbeitstagen zu Hause.“ Der SPIEGEL zitiert auch kluge Experten: „Viele wußten schon, erfuhr Forscher Hamer, wann sie demnächst wieder krank werden. Sie wußten nur noch nicht, welche Krankheit sie dann haben würden.“ Gesellschaftliche Ursachen laut SPIEGEL: „unter jüngeren (habe) sich eine Kurzarbeitermentalität verbreitet“, „Leistung ist seitdem, sagen die Gesellschaftsforscher, viel mehr davon abhängig, ob es auch Spaß macht.“ Die Arbeitswissenschaftler sind geschockt: „Das Blaumachen ... wird in dieser Gesellschaft nicht als Betrug empfunden“ und den Leuten „fehlt dabei völlig das Unrechtsbewußtsein.“

Der SPIEGEL hat recht. Viele Lohnabhängige in der BRD machen von Zeit zu Zeit „blau“. Natürlich, auch da hat

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall muß bleiben

Schluß mit Arbeitshetze!

der SPIEGEL richtig recherchiert, hauptsächlich montags und freitags. Wäre ja auch blöd, mittwochs zuhause zu bleiben.

Gelber Stimmzettel

Ein Unrechtsbewußtsein ist nicht angebracht. Von 1980 bis 1988 haben sich die Nettogewinneinkommen der Unternehmer fast verdoppelt (+93%). Die Nettolöhne stiegen in diesem Zeitraum um 24%. Die Lohnquote (Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen) hat 1989 den Rekord-Tiefstand von 55,7% erreicht. Wäre die Lohnquote noch auf dem Stand von 1980, hätten die ca. 28 Mio. Lohnabhängigen 1989 127 Mrd. DM mehr gehabt.

Die Arbeiter und Angestellten haben in ihrer Arbeitszeit immer mehr erwirtschaftet. Davon haben sie anteilmäßig immer weniger. Soweit zu Betrug und Unrechtsbewußtsein.

„Blaumachen“ ist kein Skandal. Es ist eine Abstimmung mit dem gelben Stimmzettel gegen Arbeitshetze, für Arbeitszeitverkürzung, längere Wochenenden und mehr Jahresurlaub, dafür, daß die Arbeiter Anteil an den Produktivitätsfortschritten haben.

Zynische Argumente

Die Argumente der Lohnfortzahlungsgegner sind zum großen Teil brutal und menschenverachtend. Bei gestiegenen Krankmeldungen geht es nicht in erster Linie um das „Blaumachen“, sondern darum, in welchem Ausmaß gesundheitliche Belastungen

in der Umwelt und vor allem am Arbeitsplatz angestiegen sind. Heute erreichen nur noch ein Drittel der abhängig beschäftigten gesund das normale Rentenalter von 65 Jahren. Ein zweites Drittel stirbt vorher, das letzte Drittel scheidet wegen Krankheit vorzeitig aus – steigende Tendenz bei den beiden

letzten.

SPIEGEL-Journalisten können das nicht nachvollziehen: „Mit schierer Knochenarbeit jedenfalls können die steigenden Krankenstände in der BRD nicht mehr viel zu tun haben.“ Das ist schon ein Mist, wenn einer über eine Sache schreibt, von der er keine Ah-

nung hat. „Knochenarbeit“ ist tatsächlich nicht die Hauptursache. Aber einseitige Belastungen, hohes Tempo, Bildschirmarbeit und der steigende Einsatz von Chemikalien machen immer mehr Kolleg(inn)en krank.

Fortsetzung auf Seite 2



Jugoslawien: Krieg in Europa?

Was vielen Bundesbürgern als idyllisches Urlaubsland bekannt ist, wurde in diesen Wochen zum Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen. Es ist noch nicht lange her, daß uns erzählt wurde, mit dem Zusammenbruch der Diktaturen in Osteuropa würde eine

Ära von Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung anbrechen. Jetzt droht ein Krieg mitten in Europa.

Der zentrale jugoslawische Staatsapparat wird von der serbischen Elite kontrolliert, die nach wie vor überwiegend stalinistisch ist; in Serbien selbst bildet

die umbenannte „Sozialistische“ Partei (früher KP) die Regierung, mit dem Nationalisten Milosevic an der Spitze.

Dennoch setzte der Westen zunächst auf die Zentralregierung. Die westlichen Herrschenden wollen mit einem verlässlichen Schuldner verhandeln.

Und Beispiele für staatliche Lostrennung sind ihnen vor dem Hintergrund der instabilen Lage in Osteuropa, aber auch von Selbstbestimmungs-Forderungen in ihren eigenen Ländern (z.B. Basken in Spanien, Korsen in Frankreich, Nordirland) ein Greuel.

Noch kurz vor der Militäraction hatte die EG einen Kredit an die jugoslawische Zentralregierung bewilligt. Sowohl die EG als auch die USA machten ihre ablehnende Haltung gegenüber den Souveränitäts-Erklärung von Slowenien und Kroatien überdeutlich.

Dies zeigt zweierlei: Erstens zählt das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die westlichen Herrschenden nur dann, wenn es ihnen in den Kram paßt; bei Kuwait paßte es, bei Jugoslawien augenscheinlich nicht.

Zweitens ist ihnen politische Stabilität offenbar wichtiger als die Wieder-

herstellung des Kapitalismus in Osteuropa. Trotz aller Propaganda über die „Überlegenheit der Marktwirtschaft“ ist ihnen klar, daß die Einführung des Kapitalismus weitere soziale und politische Instabilitäten mit sich bringt. Anders als im Sonderfall der Ex-DDR sind sie weder willens noch in der Lage, die politische Verantwortung und die Kosten dafür zu übernehmen.

Zwar haben sie jetzt auch die Belgrader Zentralregierung stärker unter Druck gesetzt – aber nur, um im eigenen Interesse eine prekäre Gleichgewichts der Kräfte in Jugoslawien aufrechtzuerhalten. Die arbeitende Bevölkerung Jugoslawiens hat von bürgerlicher Diplomatie und den Konfliktschlichtungs-Mechanismen von EG oder KSZE nichts zu erwarten.

Fortsetzung auf Seite 9

Hintergrund

SPD - Gut für wen?

„Gut für Deutschland - die deutsche Sozialdemokratie“ war das Motto des diesjährigen SPD-Bundesparteitages in Bremen. Neben den insgesamt 478 vorliegenden Anträgen hatte die Parteiführung im Vorfeld ihre Positionen zu den verschiedenen Themen in den „Leitanträgen“ niedergeschrieben und versuchte massiv, diese durchzusetzen.

„Der normale Delegierte wird ... in der Nebenrolle eines Statisten gehalten“, heißt es im Antrag des Unterbezirks Ahrweiler. Diese Feststellung und die Forderung nach Wegfall des Begriffes „Leitantrag“ für Initiativen des Vorstandes sowie eine Verkürzung der Redezeit der Parteiführung wurde von der Mehrheit der Delegierten angenommen, gegen die Empfehlung der Antragskommission. Ein Eindruck, der die Meinung der Basis zu ihrer Rolle bzw. der Struktur von oben nach unten in der Partei widerspiegelt.

Personell wurden auf dem Parteitag klare Entscheidungen gefällt, inhaltlich

jedoch verstärkte sich das Bild, daß die SPD kein klares politisches Profil besitzt.

Sozialliberale Koalition nicht ausgeschlossen

Es gab keine deutliche Aussage gegen eine Wiederholung einer sozialliberalen Koalition auf Bundesebene, im Gegenteil. In Rheinland-Pfalz entschied man sich trotz anderer Möglichkeiten für dieses Modell. Die SPD befindet sich wie keine andere Partei in einer Situation, auf Länderebene mit drei verschiedenen Parteien in einer Koalition zu stehen (CDU, FDP, Grüne). Wen

verwundert es da noch, wenn die Antragskommission auf Nichtbefassung für einen Antrag plädiert, in dem die „SPD aufgefordert wird, keine Koalition mit einer der jetzigen Regierungsparteien einzugehen“.

Wie will die SPD eine Alternative darstellen, wenn sie sich mit den Unternehmer- und Kriegstreiberparteien CDU und FDP verbündet, die hauptverantwortlich für die immer größer werdende soziale Ungerechtigkeit, für Massenarbeitslosigkeit und Armut sind?

Der stellvertretende CDU-Fraktionschef Heiner Geißler sagte in einem In-

terview im Spiegel vom 10.6.91: „Die SPD ist in wichtigen Fragen - das ist ein bißchen die Tragik der Partei - ja nichts anderes als eine Variante der CDU-Politik, was die deutsche Einheit angeht, aber auch in der Sozialpolitik.“ Solche Aussagen können nur durch eine klare inhaltlich-praktische Abgrenzung widerlegt werden, und dies ist mehr denn je notwendig.

Stattdessen ruft Björn Engholm die Industrie dazu auf, ihre Spitzentechnologie zu halten, um „den Wohlstand in Deutschland“ (besonders den der Unternehmer?) „zu halten“! Der Leitantrag des Parteivorstandes fordert denn auch „bessere Lebensbedingungen in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“. Vom „demokratischen Sozialismus“ (im Berliner Programm noch zu finden) ist nicht mehr die Rede.

Wie diese Bedingungen sein sollen? Dazu erfuhr man wenig. Ein Genosse forderte gar unter dem Aspekt des Teilens, daß von den alten Bundesländern Arbeitsplätze in die neuen verlagert werden müßten. Daß im Gegenzug die Arbeitslosigkeit verlagert wird, verschwieger. Kaum ein Wort fiel zur Rolle der deutschen Wirtschaft bei der Ausbeutung der Entwicklungsländer, die Ermöglichung des Golfkrieges durch ihre Waffenlieferungen.

Wenigstens in der Blauhelmdiskussion wurde von einigen Rednerinnen und Rednern deutlich gemacht, daß es nicht um die „Entsendung von einigen blau-behelmteten Polizisten“, sondern um die Verbindung von Wirtschaft, Militär und Unterdrückung von Völkern geht. Die logische Konsequenz, nämlich die Enteignung all derjenigen Firmen und Banken, die dort mitmischen, wurde nicht gesehen. (Siehe auch: Bericht von der Blauhelm-Debatte und einer Aktion der Jusos auf Seite 5 - d. Red.)

Eigenes Profil zeigen

Nichts spricht dagegen, wenn sich die SPD der Bevölkerung öffnet, um diese politisch zu aktivieren. Aber dies sollte besonders den Arbeitnehmer(innen) gegenüber geschehen, die, ob arbeitslos oder berufstätig, zahlen für eine Politik der Lügen, der Unterdrückung und Entsolidarisierung. Um es anders zu machen ist eine große Umverteilung von oben nach unten im materiellen Bereich sowie im Bezug auf die Macht notwendig. Dafür sollte die SPD die politische Kraft sein. Dann erst kann man sagen: „SPD - gut für den Aufbau einer gerechteren und demokratischeren Gesellschaft“.

Thomas Apel, Kassel
Jungsozialist



Durch Zusammenarbeit mit rechten Parteien verstärkt sich das Bild, daß die SPD kein klares politisches Profil hat.

Was ich von der SPD erwarte

Helmut Bernhard, Arbeiter aus Kassel:

„Als die SPD die Frauenquote beschlossen hat, hätte sie auch die Arbeiterquote einführen sollen. Dann würde mancher besser verstehen, was unten los ist. Die SPD war sich ja früher mit den Gewerkschaften meist einig. In letzter Zeit wird aber mehr gegeneinander gearbeitet. So ein Unsinn! Die können sich wohl nicht vorstellen, wie das auf Arbeiter wirkt. Mir hat mal ein Gewerkschafter gesagt: ‚CDU und SPD kannst Du doch in einen Topf werfen.‘ Und zum Teil ist es so. Keinem kann man mehr was glauben, keiner bringt was rüber. Wir als Arbeiter verlangen von der SPD, daß sie ge-

genüber dem Kapital endlich mal Flagge zeigt, daß sie uns Arbeiter sozial absichert, damit wir menschenwürdig leben können. Damit Arbeiter wieder wissen, wo wir hingehören - denn jetzt wissen wir es nicht. Von den Arbeitern wird oft gesagt: ‚Wenn die da oben sprechen, verstehen wir sowieso kein Wort.‘ Dann brauchen wir auch nicht mehr zur Wahl gehen.“

Wir sollten ein Parteiprogramm aufstellen, das richtig für die Arbeiter ist, nachdem auch gehandelt wird. Wenn so ein Parteiprogramm voll durchschlägt, kriegen wir auch wieder Stimmen. Es wird langsam Zeit, nicht nur zu reden, sondern zu handeln.“

Hamburg

Nicht-Wählen allein genügt nicht

Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft Anfang Juni hat der Anteil der Nicht-Wähler auch diesmal zugenommen. Dies widerspiegelt den gespaltenen Charakter dieser Stadt: Während die Wirtschaft „blüht“, die Bauindustrie boomt (dank Büro- statt Wohnungsbau) und die Beschäftigungsquote steigt, erreicht die Zahl von Obdachlosen, Wohnungssuchenden und auch Drogentoten neue Rekorde.

Selbst wenn die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen ist, lindert dies nicht die Not der fast 100.000 Sozialhilfeempfänger. Rund 10% der Bevölkerung lebt an bzw. unter der Armutsgrenze. In Hamburg wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Laut einer Studie der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ist Hamburg die zweitreichste Stadtregion Europas (nach München). Dennoch leben hier 120.000 Arbeitslose, weitere 150.000 in prekären Beschäftigungsverhältnissen, 50.000 ohne oder mit unzureichendem Wohnraum.

Krasse soziale Unterschiede

Diese krasse sozialen Unterschiede, die Hoffnungslosigkeit, Politikmüdigkeit und die Skepsis, ob wählen irgendwas ändern könnte, sind die wesentlichen Faktoren, die den Hamburger Wahlkampf prägten.

St. Pauli ist ein klassisches Beispiel: In diesem Stadtteil gibt es den höchsten Ausländeranteil, die höchste Arbeitslosenquote, die meisten Sozialhilfeempfänger. St. Pauli hat miese Wohnungen, rasch steigende Mieten und das niedrigste Einkommen pro Kopf in Hamburg. (Es mangelt übrigens auch an Toren, aber das ist was anderes.) Hier stößt die SPD-Standortpolitik mit sozialen Bedürfnissen zusammen. Das Resultat? Eine Wahlbeteiligung von lediglich 48%. PDS und AL bekamen hier ihre besten Ergebnisse. Unter den Jungwählern schneiden sogar die Grünen besser ab als die SPD. Aber auch die Neofaschisten gewannen Stimmen

hinzu.

Ohne Zweifel, die Hamburger Wahlergebnisse waren eine eindeutige Niederlage für die Kohl-Regierung. Die CDU hat 100.000 Stimmen weniger als bei der letzten Wahl (1987) und damit ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 20 Jahren bekommen. Die FDP - bisheriger Koalitionspartner der SPD - hat den Ruf, Hamburgs Partei der Miethaie und Immobilienspekulanten zu sein.

Aber wer hat eigentlich gewonnen? Denn auch die SPD hat 50.000 Stimmen weniger erhalten als 1987. 45% der unter 25jährigen wählten überhaupt nicht, und auch von den traditionell SPD-orientierten Jahrgängen (1946-56) blieben viele zu Hause. Die Partei der Nichtwähler bildet die größte Fraktion - ob sie gehört wird?

Angebot an FDP

Trotzdem hat die SPD zum ersten Mal seit 1982 wieder allein das Sagen. Doch gleich am Wahlabend kam für viele SPD-Mitglieder die Enttäuschung, die gleichzeitig eine Bestätigung für andere lieferte: Trotz absolu-

ter Mehrheit haben Bürgermeister Voscherau und Parteivorsitzende Traute Müller der FDP eine Regierungszusammenarbeit angeboten - als Muster (ohne Wert) für eine zukünftige Bundesregierung. Der Dachverband Hamburger Mieterinitiativen, der gegen die verhasste FDP aufgerufen hat, sprach von erstem Wahlbetrug. Und schon am nächsten Tag - mit der Räumung eines besetzten Hauses - ignorierte der Hamburger Senat das SPD-Wahlprogramm („Erhalt von Altbau statt Abriss“).

Mehr als ein Drittel aller wahlberechtigten Hamburger haben aufgehört, darauf zu vertrauen, daß ihre Stimmen irgendetwas bewegen könnte. Haben nicht die Banken, Konzerne und die Handelskammer, deren Gebäude gut verdeckt hinter dem Rathaus steht, ohnehin mehr zu sagen als sie?

Nun, wo das gelb-verwelkte Feigenblatt FDP zum Laubhaufen der Opposition gehört, gibt es keine Ausreden mehr! Die SPD-Führung steht jetzt auf dem Prüfstand.

Sue Powell, Hamburg
SPD-Mitglied



Gerhard Schröder (links), Ministerpräsident einer rot-grünen Koalition, und Henning Voscherau, Bürgermeister des Hamburger SPD-Senats, der die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der FDP vorgezogen hätte.

Fortsetzung von Seite 1

Schluß mit Arbeitshetze

In der Druckindustrie, wo ich beschäftigt bin, sieht man jetzt die Folgen des gestiegenen Lösemittelensatzes. Immer mehr Kolleg(innen) haben Probleme mit Hautkrankheiten (Ekzeme) oder chronische Kopfschmerzen. Dazu kommen durch Sitzen (v.a. Bildschirmarbeit) verursachte Schäden der Wirbelsäule und der Fingergelenke. Und das obwohl, genauer: weil sich die Arbeit von handwerklicher Tätigkeit zu Bürotätigkeit und Maschinenbedienung gewandelt hat. Viele dieser Krankheiten sind schlimm. Obwohl der SPIEGEL-Journalist es den Geschädigten nicht ansieht, weil sie nicht wie Kriegsversehrte aussehen, verursachen diese Krankheiten dauerhafte, starke und schwer zu bekämpfende Schmerzen.

Generalangriff auf soziale Standards?

Bereiten Arbeitgeber und Politiker mit ihrer Kampagne gegen das „Blau-machen“ den großen Schlag gegen die Lohnfortzahlung vor? Zwei Dinge sprechen dagegen. Erstens würden die meisten Beschäftigten, ob „Blau-macher“ oder nicht, das als Provokation betrachten; die Lohnfortzahlung ist eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften der BRD. Es gibt billigere und weniger aufstachelnde Methoden für die Unternehmer, ihre Profite auf unsere Kosten zu steigern.

Und zweitens wissen auch die Unternehmer, daß „Blau-machen“ für sie nicht nur Nachteile bringt. Allein die Möglichkeit, nicht zur Arbeit gehen zu müssen, wenn man was Wichtiges zu erledigen hat oder die Arbeit nervt, macht das Lohnsklavendasein netter. Für den Unternehmer ist es auf jeden Fall angenehmer, die Leute bauen ihren

Frust an „blauen“ Tagen zuhause ab, als wenn sie sich im Betrieb zusammenschließen und für ihre Interessen kämpfen.

Das Thema wird natürlich nicht aus Langeweile in die Diskussion gebracht. Die Geschichte von den faulen, wehleidenden Arbeitern ist vielseitig verwendbar. Unternehmer können sagen: „Faul sein, und dann noch mehr Geld haben wollen“, oder „Wieso Arbeitszeitverkürzung, ihr arbeitet doch schon kürzer als vereinbart“. Im öffentlichen Dienst kann die Regierung sagen: „Wenn alle fleißig arbeiten würden, könnten wir Geld sparen.“

Gutes Gewissen reicht nicht

Solange Kolleginnen und Kollegen sich krankarbeiten, solange Millionen Arbeitslose zu Hause versauern, solange die Produktivitätsfortschritte sämtlich von den Konzernen eingesackt werden, haben Arbeiter in Deutschland es nicht nötig, wegen einer selbst organisierten Urlaubsverlängerung ein schlechtes Gewissen zu haben.

Ein gutes Gewissen allein reicht jedoch nicht. Wir brauchen radikale Veränderungen in den Betrieben, weitere Arbeitszeitverkürzung (30-Stunden-Woche), mehr Jahresurlaub, Abschaffung giftiger Stoffe und menschenrechte Arbeitsplätze. Wir brauchen Betriebe, in denen Arbeiter nicht wie Handlanger und Idioten betrachtet werden. Das heißt in der Konsequenz, wir brauchen Betriebe, in denen wir selbst unsere Arbeitsbedingungen bestimmen und die Produktion nach sozialen und ökologischen Interessen organisieren.

Claus Ludwig, Bremerhaven
IG Medien-Jugendvertreter

Rechtsextremismus in den neuen Ländern Jugendliche brauchen eine Perspektive

Brandanschläge auf Asylantenheime, gewalttätige Überfälle auf der Straße, in der S-Bahn oder vor der Haustüre: das Ausmaß und die Brutalität, die der Rassismus in den neuen Ländern angenommen hat, sprengt alles, was in der BRD bisher zu spüren war. In Leipzig, Dresden, Potsdam und Berlin waren Ausländer in den letzten Wochen Opfer von Mordanschlägen.

Bisher waren vor allem faschistische Skinhead-Gruppen bekannt für ihre Schlägereien. Seit einiger Zeit gehen Angriffe aber auch zunehmend von anderen Gruppen aus, deren Mitglieder äußerlich oft völlig unauffällig sind. Neben Ausländern, insbesondere Afrikaner und Vietnamesen, sind auch deutsche Jugendliche bedroht, die vom Aussehen her als „Linke“ zu identifizieren sind.

Mit der Vereinigung sind in den neuen Ländern eine ganze Reihe von bisher ungekannten Problemen entstanden. Arbeitslosigkeit, steigende Mieten und Sozialabbau schaffen ein Klima der Verunsicherung und stellen viele vor existentielle Probleme. Insbesondere Jugendliche sind von den Angriffen und den miesen Zukunftsperspektiven betroffen. Viele Jugendliche suchen nach einem Halt und einer Perspektive.

Die massive „Deutschland einig Vaterland“ Propaganda der Regierung und der bürgerlichen Presse haben einem neuen, aggressiven Nationalismus in die Steigbügel geholfen. Die „Deutschland“-Parolen der Bundesregierung sollen ablenken von den steigenden sozialen Problemen. Bei einer ganzen Schicht von Jugendlichen haben diese Parolen Anklang gefunden.

Das Versagen der Bundesregierung hat zu einer Radikalisierung dieses Nationalismus geführt. Alte Nazis aus der West-BRD haben hier den optimalen Nährboden für ihre Propaganda gefunden, die die Schuld an allen Problemen den Ausländern zuschiebt.

Wachsende Verunsicherung

In den neuen Ländern wächst die Nervosität und Aggressivität in allen gesellschaftlichen Bereichen. Der enorme Druck, der durch die immer größer werdenden Probleme auf den Menschen lastet, sucht sich viele Ventile. Neben Resignation, hohen Selbstmordraten, Alkoholismus und Rassismus steigt auch die Gewaltbereitschaft, vor allem bei Jugendlichen. Die Massenschlägereien bei Fußballspielen in Leipzig, Rostock und Berlin sind dafür ein Beispiel.

Die sozialen Probleme sind die Ursache für die Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft. Warum wendet sich aber eine breite Schicht Jugendlicher nach Rechts und nicht nach Links? Der Weg nach Links ist diesen Jugendlichen verbaut, weil sie Links mit Stalinismus und der DDR gleichsetzen. Als Reaktion auf die Zustände in der DDR haben sich bereits vor der

Wende Jugendliche ausdrücklich als Neonazis bezeichnet. Dies war zwar eine kleine Gruppe, aber damals war dies ein weitaus „mutigerer“ Schritt als heute. Diese Jugendlichen wollten dadurch ihre Opposition zum „antifaschistischen“ Staat DDR zeigen.

Heute werden die wirtschaftlichen Probleme von der Regierung und den Medien auf die „Erblast“ der DDR zurückgeführt. Diese Meinungsmache verfängt und verstärkt noch den Haß auf die ehemalige DDR. Jugendliche,

die heute mit existenziellen Problemen zu kämpfen haben, lasten diese den „Linken“, also dem Stalinismus der DDR an.

Die Gleichsetzung von Stalinismus und Sozialismus durch die Medien bleibt vollkommen un widersprochen von den großen Organisationen der Arbeiterbewegung. Eine Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus ist für den größten Teil der Bevölkerung nicht sichtbar, weil sie von niemand aufgezeigt wird. Kein Wunder also, daß rechtsextreme Propaganda auf Anklang stößt.

Die Organisationen der Arbeiterbewegung befinden sich in der Defensive und bieten kein Programm, das die Wirtschaftskrise überwinden kann. Die SPD-Führung ist damit beschäftigt, den Diener vor der abgewirtschafteten Bundesregierung zu machen. Mit einer offiziellen (Berlin) oder inoffiziellen großen Koalition beteiligt sie sich an der Politik der bürgerlichen Parteien. Damit ist sie mitverantwortlich für die

Krise und kann nicht in Opposition zur jetzigen Politik treten. Die Gewerkschaften betreiben nur Krisenmanagement und können die Entlassungswellen nicht verhindern, sondern höchstens zum Teil sozial abfedern.

Wenn sich an der jetzigen Situation nichts Grundlegendes ändert, besteht die Gefahr, daß nicht nur eine relativ kleine Schicht Jugendlicher, sondern auch mehr und mehr „normale Bürger“ ins rechtsextreme Lager abwandern. Vor allem Arbeitslose, die keinen Kontakt mit der Gewerkschaft mehr haben und vor dem sozialen Abgrund stehen, könnten ein Potential sein. Möglicherweise sind wir in Ostdeutschland bald mit dem Aufblühen einer faschistischen Partei konfrontiert, wie in der alten BRD den REP's im Jahr 1989. Doch der Unterschied könnte sein, daß diese Partei offener faschistisch und gewaltbereit auftritt als die REP's mit ihrem „bürgerlichen“ Image.

**Boris Kanzleiter, Berlin
Jungsozialist**



Aufmarsch von Neonazis in Dresden, Mai 1991.

Sonderangebote des Arbeitsamts im Osten Da staunt der Unternehmer – und der Arbeitslose wundert sich

Zu einem Informationsgespräch über die Chancen von Fachkräften in den neuen Ländern in Zusammenarbeit mit der Treuhand lud mich das Kölner Arbeitsamt im Juni vor. Erste Überraschung beim Eintreffen am Ort des Geschehens: individuelle Beratung war offenbar nicht geplant, denn im überfüllten Hörsaal des Arbeitsamts drängten sich außer mir noch rund weitere 500 Arbeitssuchende.

Verschiedene Vorträge wurden uns angekündigt, anschließend Information in vier Groß-Gruppen. Ein Herr Ebert, Vertreter des Arbeitgeberverbandes im Verwaltungsrat der Nürnberger Anstalt, erläuterte uns die Silberstreifen am Horizont der Wirtschaftsentwicklung in der Ex-DDR: wies doch die Statistik im Monat Mai nur 0,8 Mio. Arbeitslose und 1,9 Mio. Kurzarbeiter aus – sage und schreibe 60.000 Kurzarbeiter weniger als im April. Herr Ebert war ganz begeistert.

Rund 1,5 Mio. Arbeitsplätze seien zwar mittlerweile vernichtet worden, aber dies habe man glücklicherweise im großen Umfang auffangen können: Übersiedler in den Westen, 300.000 Pendler von Ost nach West, 70.000 in Fortbildungsmaßnahmen, 30.000 in ABM-Maßnahmen, Vorruhestandsregelung, Altersruhegeld ab 55 Jahre – und nicht zuletzt „Ausländer zurück-schicken“.

Arbeitskraft plus Sachkosten umsonst

Arbeitsamtleistungen gebe es im Osten derzeit „im Sonderangebot“, freute sich Herr Ebert. Besonders von den ABM-Maßnahmen war er ganz angetan. 5,5 Mrd DM gebe die BfA 1991 dafür aus. Während es im Westen nur bis 75% Lohnkostenzuschüsse für

ABM-Stellen gebe, könne man in den neuen Ländern sogar 100% erhalten. Und nun sei auch noch ein weiteres „wesentliches Hindernis“ für die Entfaltung unternehmerischen Pioniergeists abgebaut worden: neuerdings könnten für ABM-Beschäftigte im Osten endlich auch Sachkostenzuschüsse beantragt werden. Denn – so Herr Ebert: „Schließlich muß man den Leuten ja auch Maschinen, Geräte und Materialien zur Verfügung stellen, mit denen sie arbeiten können.“ Das leuchtete mir unmittelbar ein. Ich überlegte, ob man als Arbeitsloser vielleicht besser Geld mitbringt, damit ein weiterer Anreiz für die Unternehmer geschaffen wird.

Nach diesem Vortrag muckten die ersten Teilnehmer auf. Wo blieben die Infos über Arbeitsplätze für Westler? Der Treuhand-Vertreter, ein Herr Metz, wurde sogleich mit konkreten Fragen über Arbeitsplatzaussichten bombardiert. Herr Metz war erstaunt: Ob wir nicht wüßten, wie hoch drüben die Arbeitslosigkeit sei? Für Westler bestünden da nur ganz vereinzelt Chancen, unterzukommen.

Die Zuhörer wollten wohl ihren Ohren nicht ganz trauen. Wozu waren sie schließlich hier vorgeladen worden? Ob es nicht Bedarf an erfahrenen Führungskräften für Unternehmen gebe, fragte ein älterer Herr. Oder an Betriebswirten und EDV-Fachleuten, die es doch drüben noch gar nicht geben könne, wollten einige hoffnungsfrohe Jungakademiker wissen. Herr Metz dauerte außerordentlich, fast alle Anfragen negativ bescheiden zu müssen.

Treuhand

Jetzt wurde die Treuhand zur Zielscheibe der Kritik der mittlerweile fru-

strierten Versammelten. „Wenn es nicht noch die ganzen alten Stasi-Seilschaften gäbe, dann wären auch mehr Arbeitsplätze frei“, empörte sich einer. Ein Ex-Manager schimpfte, daß er auf seine schon vor Monaten eingereichte Bewerbung von der Treuhand bisher keine Antwort erhalten habe. „Die Unterlagen werden schon irgendwo sein“, lautete die zweifelhafte Beruhigung von Herrn Metz.

Eine junge Frau fragte: „Welche Chancen gibt es denn für Geisteswissenschaftler?“

Herr Metz: „Was haben sie denn studiert, jetzt will ich Ihren Fall mal ganz konkret behandeln.“

„Jura.“
„Aha, ja dann schicken Sie mir doch mal ihre Bewerbungsunterlagen direkt an die Treuhand. Wir suchen da nämlich noch Justitiare.“

„Ich glaube nicht, daß das viel bringt...“

„Wieso nicht? Das kann man so nicht sagen. Wo haben sie denn studiert?“

„In Ostberlin.“
Gelächter und Beifall aus dem Publikum.

Auch der letzte Referent, ein Herr Göbel von der Fortbildungsakademie der Wirtschaft, hatte nicht viel mehr zu bieten. Seine Akademie scheint eine der vielen privaten Fortbildungstätten zu sein, die Arbeitsamtgelder abzocken, um damit Arbeitslose angeblich besser zu qualifizieren. Viele dieser Einrichtungen haben jetzt ihre Zelte auch im Osten aufgeschlagen.

Fazit der Veranstaltung: Sonderangebote scheint das Arbeitsamt nur für Unternehmer bereit zu halten, nicht jedoch für Arbeitslose-Ost oder Arbeitssuchende-West.

Von einer arbeitslosen Kölnerin



Demo gegen die Republikaner im Mai 1989: Kann es im Osten eine militantere Neuauflage der Reps geben?

Sachsen

Verzweiflung und Widerstand

Seit die Gewerkschaften in Leipzig die Demonstrationen für den Erhalt aller Arbeitsplätze „zeitweilig eingestellt“ haben, ist die '89er „Heldentadt“ zur politischen Totenstadt geworden. Es hat den Anschein, daß die arbeitende Bevölkerung und auch von Arbeitslosigkeit Betroffene selbst keine Initiative zeigen, um selbst etwas gegen dieses Unrecht zu tun. Möglicherweise wartet man auf eine „Einladung“ der Gewerkschaften zu Demonstrationen.

Ich hab aus Diskussionen mit Kollegen und Freunden ihre Verzweiflung herausgehört, wie z.B.: „Was können wir schon tun?“, „Es wird immer so sein, daß, wer das Geld und die Macht hat, immer bestimmt, was geschieht. Die haben immer das Sagen.“ Meine Gegenargumentation war: „Solange man sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht zur Wehr setzt, wird es bleiben wie jetzt. Auch wir sind mächtig und stark, wenn wir alle zusammenstehen.“ Sie akzeptierten, wis-

sen aber nicht, wie.

Zumindest ihren Protest öffentlich gemacht haben die 4100 Arbeiter des Sachsenring-Automobilwerkes in Zwickau durch ihre Betriebsbesetzung. Damit wollen sie die Zusage der Treuhand zur Beteiligung des Betriebes an einer Beschäftigungsgesellschaft erreichen.

Es wird bestimmt bald wieder etwas geschehen, denn die Regierung ist arbeiterfeindlich. Durch Versprechungen, wie z.B. mehr Gehalt, Wohngeld usw. versuchen die Schwarzröcke, die Flucht nach vorn anzutreten, da sie wissen, was passiert, wenn hier der Sturm losbricht. Sie werden bestimmt noch nicht vergessen haben, wie das ehemalige stalinistische SED-Regime gestürzt wurde. Das soll auch ihnen eine Lehre sein.

Wir dürfen uns nicht nochmal auf die Schippe nehmen lassen.

**Thomas Kohmann, Leipzig
SPD- und IGM-Mitglied**



Jugend für Sozialismus . . .

Juso-Aktion beim SPD-Parteitag

„Nein zur Blauhelm-Einstiegsdroge“

Schon Wochen vorher war abzusehen, daß vor allem ein Thema auf dem Parteitag engagiert diskutiert werden würde: die Erweiterung des Einsatzgebietes der Bundeswehr, die „Blauhelm-Debatte“. Deswegen hatten Jungsozialisten aus Bremerhaven im Bremer Juso-Landesverband den Anstoß für eine Demonstration vor dem Tagungsort gegeben, um die Partei aufzufordern, der von Kohl gewünschten Grundgesetz-Änderung nicht zuzustimmen.

„leidenschaftlich streiten“, „Wir lieben die Menschen, die frisch heraus sagen, was sie denken.“

Der Beschluß

Der Parteitag entschied sich für einen Kompromiß. Die SPD wird zwar einer GG-Änderung zustimmen, die einen Einsatz der Blauhelm-„Friedenstruppen“ zuläßt, lehnt aber eine deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen der UNO ab. Dieser Beschluß ist ein

Nachgeben gegenüber den Kohl'schen Großmachtwünschen, ein Einstieg in aktivere Militärpolitik, und damit für die Jusos und viele Parteilinken nicht akzeptabel.

Aber das, was die Bürgerlichen konkret brauchen, die Zustimmung der SPD zu Kampfeinsätzen, wurde ihnen verweigert. Nicht, weil die Parteiführung so einsichtig war, sondern weil der Druck vieler Basisgliederungen einen weitergehenden Beschluß unmöglich

machte. Insofern kann man von einem Teilerfolg sprechen, den die Kampagne von VORAN-Unterstützern und vielen anderen Parteilinken im Vorfeld des Parteitags zu verzeichnen hatte. Es gab allein 70 Anträge gegen jegliche Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzgebietes.

Selbst der von der Basis zurechtgestutzte Blauhelm-Kompromiß fand mit 230:179 Stimmen nicht gerade eine überwältigende Mehrheit. Dazu stellvertretende Landesvorsitzende der Bremer SPD, Horst Isola: „Viele Delegierte waren in ihrem Herzen beim Nein. Ausschlaggebend für unsere Niederlage war einzig und allein der massive Einsatz des Vorstandes.“ (laut Bremer „taz“ vom 1.6.91)

Die Debatte selber war relativ lebhaft und kontrovers. Einige linke Delegierte waren in dieser Debatte wesentlich hartnäckiger als gewöhnlich und liefen zu alter Form auf, wie z.B. Heidi Wiczorek-Zeul, die den imperialistischen Charakter des Golfkrieges erklärte. Die Absicht vieler SPD-Führer, dem Kohl'schen Wunsch nachzugeben, wurde durch die Basis gestoppt. Doch der Einstieg und damit die Erleichterung kommender Vorstöße konnte nicht verhindert werden. Vorläufiges Fazit: Unentschieden.

Für die SPD-Spitze ist das Thema noch nicht vom Tisch, wie der Vorstoß Engholms kürzlich zeigte: er hält Blauhelm-Einsätze auch ohne GG-Änderung für möglich. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Parteitagsdelegierten, die entsprechend der Argumentation des Vorstandes mit ihrem Beschluß genau dies verhindern wollten, und läßt die Regierung geradewegs dazu ein, das GG nach Belieben zu interpretieren. Der Kampf der Parteilinken muß also weitergehen.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist



Ein Spalier von Transparenten erwartete die SPD-Delegierten vor der Bremer Stadthalle.

Jusos werden aktiv

Durch die Kosten der kapitalistischen Vereinnahmung der Ex-DDR und die Steuerpolitik der Kohl-Regierung kommen immer mehr Gemeinden in finanzielle Schwierigkeiten. Vierterorts stehen Kürzungen und Sparhaushalte an. Gegen Kürzungen und Prestigeobjekte in der Kommune sollten Jusos aktiv werden, besonders wenn im Herbst in den Kommunen die Haushaltsberatungen beginnen.

Aktionsvorschläge und kommunale Themenbeispiele aus verschiedenen Arbeitsgemeinschaften:

Der Juso-Stadtbezirk Köln-Kalk wird sich im Herbst mit der Situation des öffentlichen Nahverkehrs im Stadtteil (Anbindung, Taktzeiten, Streckenstilllegung, etc.) beschäftigen.

Juso-AGen in Stuttgart haben die Jugendfreizeit-Situation in Stuttgart aufgegriffen; insbesondere wurde Widerstand gegen Kürzungen bei städtischen Jugendzentren organisiert.

Der Kasseler Juso-Unterbezirk steckt mitten in den Vorbereitungen für eine Kampagne, um mit konkreten Forderungen für die Interessen von Jugendlichen in Kassel auf die Straße zu gehen. Nach der Sommerpause sollen Verteilaktionen vor Schulen, Berufsschulen etc. und Info-Stände laufen. Höhepunkt wird ein lokales Jugendfestival mit einem bunt gemischten Programm (Politik/Musik/Kultur) am 28. September sein.

Die Juso-AG Wiesbaden-Altstadt ist zum Thema Wohnungsnot aktiv und veranstaltet regelmäßige Mietertreffs mit ca. 40-50 Besuchern, die durch politischen Druck auf die Stadtverwaltung indirekt dazu beigetragen haben, daß die Stadt verstärkt gegen das Spekulantennunwesen vorgeht.

In Lübeck machen mehrere SPD-Ortsvereine und Bürgerinitiativen gegen den Bau einer neuen Autobahn und den damit verbundenen Belastungen für die Anwohner mobil. Die Juso-AG Kücknitz ist mit dabei, Druck auf die in Lübeck und landesweit regierende SPD zu machen.

In den fünf neuen Ländern und Berlin soll nach der Planung des Juso-Bundesverbandes mit einer Auftaktveranstaltung am 12. Oktober die „Jugendinitiative“ beginnen. Es sollen dann dezentrale Veranstaltungen in Ostdeutschland in Zusammenarbeit mit den West-Bezirken organisiert werden, die sich mit den zentralen Problemen der Jugendlichen dort beschäftigen: mangelnde Bildungschancen, Arbeitslosigkeit, Freizeitfrust.

Leider fehlt bei diesem Konzept bisher die Betonung der gemeinsamen Interessen von Jugendlichen in Ost und West, da die Initiative nur für den Osten Deutschlands gedacht ist.

Auch die Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW) und Bremer Friedensgruppen beteiligten sich daran. Aus Bremerhaven sind wir mit 16 aktiven Jusos zu der Aktion gefahren. Auch aus Kassel, Köln und Lübeck waren Genoss(inn)en angereist. Insgesamt beteiligten sich rund 100 Leute. Die geringe Zahl hielt uns nicht davon ab, unseren Standpunkt mit Nachdruck zu vertreten, Flugblätter an Delegierte und Parteitagsbesucher zu verteilen und die Ober-Genossen zur Diskussion zu stellen, sofern sie sich vor der Halle blicken ließen.

Dort war ein Spalier von Transparenten aufgebaut, mit Slogans wie: „Die UNO bewahrt den Frieden – für die Ausbeuter“ oder „Nein zur Blauhelm-Einstiegsdroge“. Die GEW führte einen musikalischen Sketch auf, bei dem Herren in Frack und Zylinder mit den Namensschildern MBB, Krupp, usw. sowie eine mit Blauhelmen ausgestaffierte Truppe zu Brecht'scher Musik marschierten. Einigen Jusos gelang es auch, während der Beratungen im Saal Transparente mit unseren Forderungen hochzuhalten.

Eine unangenehme Episode: Jusos wurden am Verteilen von Flugblättern gehindert, Transparente sehr schnell von Ordnern heruntergerissen und Genoss(inn)en von diesen „nach draußen geleitet“. Was waren noch Engholms Lieblingsworte? „Öffnung“, „Dialog“,

Juso-Linke

Alter Wein in neuen Schläuchen!

„Die Jusos brauchen einen Aufbruch von Links. Wir brauchen eine neue, starke Juso-Linke, in der alle mitwirken können, die wollen, daß die Jusos ein linker, antikapitalistischer, sozialistischer Jugendverband bleiben.“ Dies war der Aufruf der Initiatoren der „Juso-Linken“, dem wir VORAN-Unterstützer uns gerne anschließen wollten.

Nachdem die auf „soziale Marktwirtschaft“ setzenden „Reformsozialisten“ auf Bundesebene die Mehrheit erobert haben, wäre es sehr sinnvoll, eine breite linke Opposition bei den Jusos aufzubauen.

Noch im April wurde ein offenes bundesweites Treffen mit 200 Teilnehmern veranstaltet, auf dem man kontrovers über den vorliegenden Entwurf einer Selbstverständniserklärung und die Arbeit der Juso-Linken diskutierte. VORAN-Unterstützer blieben zwar mit ihren Auffassungen in der Minderheit, waren aber als gleichberechtigte Teilnehmer an der Juso-Linken willkommen – so schien es zumindest.

Anspruch und Wirklichkeit

Die wirklichen Entscheidungen wurden allerdings im Nachhinein von einem auserwählten Kreis der Mitglieder einer Richtung – des „Hannoveraner Kreises“ – gefällt. Die sogenannte „Bezirkslinke“, ein Kreis von 15-20 Vertretern aus den verschiedenen Bezirken des Juso-Bundesverbandes, die von niemandem gewählt wurden, bilden das oberste Entscheidungsgremium. Sie verabschiedeten eine „Selbstverständniserklärung“, wählten eine Bundesleitung der Juso-Linken – und

machten dem anwesenden Vertreter der VORAN klar, daß die Juso-Linke zwar offen sei, aber eben doch nicht offen für alle, auf keinen Fall für VORAN. Kurzum: von oben nach unten, an der eigenen Basis vorbei, wird eine „neue Strömung“ aufgebaut, die in Wirklichkeit nur eine Fortsetzung des alten „Hannoveraner Kreises“ ist.

Natürlich soll es dem HK unbenommen bleiben, ob und wie er sich in neuem Gewande wiedergründen will. Aber er kann dann nicht für sich in Anspruch nehmen, eine offene und breite Juso-Linke zu vertreten.

Die Schaffung einer solchen Linken ist nach wie vor wichtig. Dabei sollte keine Strömung ausgegrenzt und niemand auf eine umfangreiche „Selbstverständniserklärung“ festgenagelt werden, die er nicht unterstützen kann. Es genügt, sich auf einige Kernaussagen zu einigen, bei denen sich niemand verbiegen muß, und auf dieser Grundlage einen offenen Diskussionsprozeß sowie gemeinsame Aktivitäten und

Vorstöße zu koordinieren. Unser Vorschlag für die konstruktive Zusammenarbeit aller Juso-Linken ist unten abgedruckt. Offen bleibt, ob dieses undemokratische und selbstherrliche Vorgehen seitens der selbsternannten Führung der Juso-Linken kritiklos von allen mitgetragen wird, die wirklich eine offene Juso-Linke aufbauen wollten. Dies sollte in den Juso-Untergliederungen diskutiert werden.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

Vorschlag für eine Plattform für die Arbeit der Juso-Linken

Innerhalb der Juso-Linken werden sich Genossinnen und Genossen zusammenschließen, die verschiedene politische Ansätze vertreten. Einen bestimmten politischen Ansatz zur Grundlage der Juso-Linken zu machen würde bedeuten, daß die Juso-Linke doch nicht „offen“ ist. Es ist daher sinnvoll, sich eine Arbeits- und Diskussionsgrundlage zu geben, die jeder in der Juso-Linken mittragen kann. Im folgenden ein Vorschlag hierzu:

1. Alle Genossinnen und Genossen, die die Juso-Linke unterstützen, gehen davon aus, daß letzten Endes nur auf der Grundlage einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung, Armut, Umweltverschmutzung und Kriegsgefahr beseitigt werden können. Nicht

der Sozialismus hat in Osteuropa versagt, sondern ein System der Diktatur über die Bevölkerung.

2. Ziel der Juso-Linken ist es, eine weitere Rechtsentwicklung des Verbandes aufzuhalten. Der Verband darf kein Karriereprungbrett sein. Wir halten an den Errungenschaften der Linkswende des Verbandes von 1969 fest, das heißt am Anspruch der Jusos als eines sozialistischen Richtungsverbandes.

3. Die Juso-Linke konstituiert sich über die Veranstaltung regelmäßiger offener Treffen auf UB-, Bezirks- und Bundesebene. Auf diesen Treffen sollen grundlegende und aktuelle politische Themen sowie Fragen der praktischen Juso-Arbeit diskutiert werden.

4. Auf UB-, Bezirks- und Bundesebene sollten jeweils Koordinierungsgremien geschaffen werden,

die das Vertrauen aller Mitstreiter(innen) der Juso-Linken haben. Dies ist gewährleistet, wenn dort Genossinnen und Genossen vertreten sind, die für die verschiedenen Ansätze innerhalb der Juso-Linken stehen. Die Gremien sollen auf den offenen Juso-Linken-Treffen durch die Versammlung per Akklamation bestimmt werden.

Ein solches Gremium soll ausschließlich zur Koordination und Organisation der Arbeit der Juso-Linken existieren, das heißt zur Vorbereitung und Durchführung der Juso-Linken-Treffen sowie sonstiger Aktivitäten.

5. Bundesweite Publikationen wie der „Juso-Linken-Rundbrief“ sollen grundsätzlich allen Genossinnen und Genossen der Juso-Linken offenstehen. Das Koordinierungsgremium auf Bundesebene sollte als Redaktion für die Publikationen arbeiten.

6. Zur Finanzierung der Juso-Linken-Arbeit bieten sich Geldsammlungen auf den Treffen der Juso-Linken der verschiedenen Ebenen an.

Berliner „Aktion gegen Fahrpreiswucher“

Nulltarif gegen Großstadtmief

Zum 1. August sollen in Berlin die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel erhöht werden. Nach Beschlußlage des Berliner (CDU/SPD)-Senats werden die Preise für Einzel- sowie Monatsfahrkarten erheblich steigen. Besonders betroffen von den Verteuerungsmaßnahmen sind die Ostberliner.

Bisher kostete eine Einzelfahrkarte in Ostberlin 20 Pfennige. Die Erhöhung des Preises auf 1 DM bedeutet eine Fahrpreissteigerung von 500%. Mit dieser Maßnahme wird eine der letzten noch verbliebenen Überbleibsel des DDR-Systems - nämlich der fast kostenlosen Benutzung des Personennahverkehrs - auch noch abgeschnitten.

Derweil spitzt sich in Berlin das Verkehrschaos zu: Staus und Smogalarm sind an der Tagesordnung. Mit der Verteuerung der Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird jedoch eindeutig einer noch stärkeren Verdichtung des Autoverkehrs zugearbeitet. Der Senat begründet die Preissteigerung mit den gestiegenen Betriebskosten des ÖPNV. Dabei verursacht der Autoverkehr - volkswirtschaftlichen Berechnungen zufolge - viel höhere Kosten; der teure Straßenbau, die Benzinverschwendung, die Umweltschäden und die dadurch erzeugten Gesundheitsschäden bei vielen Menschen verschlingen enorme Geldbeträge.

Unzufriedenheit

Die Unzufriedenheit mit dieser Verkehrspolitik des Senats ruft Protest bei der Berliner Bevölkerung hervor. Ausgehend von den Jusos im Berliner

Stadtteil Pankow wurde die „Aktion gegen Fahrpreiswucher“ gegründet. Ebenfalls beteiligt an der Aktion sind die AG Junge GenossInnen, das Jugendorganisation der PDS, und das Jugendzentrum in Pankow. Einig sind sich alle Gruppen, daß die Verkehrspolitik des Berliner Senats völlig verfehlt ist: Ökologisch sind die Folgen der Fahrpreissteigerung - die zu erwartende Zunahme der Verkehrsdichte - unhaltbar.



Teil des Demo-Zuges durch die Innenstadt.

Das Kostenargument des Berliner Senats wirkt makaber, da in Berlin an anderer Stelle genügend Geld vorhanden ist zur Finanzierung von vorzulebenden Prestigeobjekten. Der Berliner Senat plant z.B. den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses.

Es ist rechnerisch nachweisbar, daß der Ausbau und die attraktivere Gestaltung des ÖPNV gesamtwirtschaftlich wesentlich kostengünstiger abschneidet, als der Trend zur verstärkten Bevorzugung des Autoverkehrs. Denn niedrigere Preise würden dazu führen, daß immer mehr Autofahrer auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen: Der ÖPNV würde immer rentabler werden und das Verkehrschaos und die damit verbundenen Umweltschäden würden

abgebaut werden.

Profitinteressen

Ebenso einleuchtend ist jedoch auch, daß diese Entwicklung nicht den Profitinteressen der Industrie entspricht. Die Autoindustrie, als einer der gewinnbringendsten Sektoren der bundesdeutschen Wirtschaft, hat natürlich großen Einfluß auf die Verkehrspolitik.

Die „Aktion gegen Fahrpreiswucher“ führte Info-Stände, Flugblattaktionen und eine Unterschriftensammlung durch, um auf die Mißstände der Verkehrspolitik aufmerksam zu machen und die Berliner Bevölkerung zu

mobilisieren. Höhepunkt war eine von der „Aktion“ organisierte Demonstration in der Stadtmitte Berlins am 30. Juni. Sie lief recht erfolgreich. Rund 350 Leute nahmen an der Kundgebung teil; „taz Berlin“, „BZ“, „Neues Deutschland“ und „Junge Welt“ berichteten darüber.

Abschluß der Aktion soll die Übergabe unseres Forderungskataloges zusammen mit den Unterschriftenlisten an den Berliner Verkehrsreferenten sein.

Stephanie Schütze, Berlin
Jungsozialistin

Forderungen der „Aktion gegen Fahrpreiswucher“

- Keine Fahrpreiserhöhungen im Osten, Fahrpreissenkung im Westen auf Ostniveau als erster Schritt zum Nulltarif.
- Statt Ausbau des Straßennetzes eindeutige Bevorzugung der Investitionen in den Ausbau des ÖPNV.
- Keine Geldverschwendung für nutzlose Prestigeobjekte wie den geplanten Neuaufbau des Stadtschlösses.
- Kürzere Taktzeiten und Streckenausbau, vor allem bei U- und S-Bahn.
- Keine Abschaffung, sondern Erweiterung der Busspuren überall, wo es möglich ist.
- Nachtverkehr auf allen U- und S-Bahnlinien in Verbindung mit einem Nachtbusssystem.
- Parkraumverknappung und -Verteuerung in der Innenstadt. Einrichtung von P+R-Plätzen an U- und S-Bahnstationen in den Vororten.
- Aufbau eines flächendeckenden Radwegenetzes.
- Tempo 30 in Wohngebieten.

Auszubildende in Ost und West

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Der Tarifabschluß in der metallverarbeitenden Industrie für Westdeutschland brachte nicht nur 6,7% mehr Lohn und Gehalt sowie überdurchschnittliche Erhöhungen für die unteren Lohngruppen, sondern auch die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 110,- DM für jedes Ausbildungsjahr.

Metallazubis bekommen so in Zukunft im 1. Ausbildungsjahr 871,-, im 2. Jahr 921,-, im 3. Jahr 995,- und im 4. Jahr 1092,- DM. Zumindest im 4. Jahr wurde somit endlich die magische Zahl 1000 überschritten. Dies war auch nötig, denn viele junge Gewerkschafter hatten bereits viel weitreichendere Forderungen, wie die Anbindung an die Facharbeiterentlohnungsgruppe 4 aufgestellt.

Besonders bei den jüngeren Kolleginnen und Kollegen war die Streikbereitschaft diesmal sehr hoch. Dies bewies die zumindest in unserem Bezirk erfreulich hohe Beteiligung an den Warnstreiks. Darunter waren auch viele Azubis. Trotz ungenügender Infor-

mations- und Mobilisierungsarbeit der IGM im Vorfeld war vielen klar, daß die Forderungen in Anbetracht der angekündigten Steuererhöhungen sowie der Preissteigerung noch viel zu gering waren. Doch das eigentliche Ziel, auch für Auszubildende eine gerechte und angemessene Entlohnung zu erkämpfen, wurde nicht erreicht.

Geht man davon aus, daß der Azubi in den meisten Fällen spätestens ab dem 2. Ausbildungsjahr in den „Arbeitsprozeß integriert“, d.h. in die Produktion mit einbezogen wird, und in der Regel schon ab dem 3. Jahr dieselbe Arbeit wie ein Ausgelernter für wesentlich weniger Geld verrichten muß, so bleibt die Forderung nach einigermaßen gerechter Entlohnung mehr als berechtigt.

Ost-Azubis vor dem Nichts

Doch im Vergleich mit den ostdeutschen Azubi-Vergütungen ist dies alles trotzdem noch sehr viel. Glücklicherweise

sich höchstens die in der ostdeutschen Stahlindustrie untergekommenen Azubis schätzen, gehören sie doch mit zu den Spitzenverdienern (1. Jahr 440,-, 2. Jahr 470,-, 3. Jahr 510,-, 4. Jahr 560,-).

Wenn man weiterhin bedenkt, daß in Westdeutschland schon fast jeder zweite Azubi neben der Lehre noch jobben muß, um sich seinen Lebensunterhalt finanzieren zu können, erscheint es fast unmöglich bei solchen „Ostlöhnen“ und den auf „Westniveau“ angelegten Preisen und Mieten überhaupt noch über die Runden zu kommen.

Doch wer im Osten noch eine Lehrstelle erwirkt hat, gehört schon fast zu den Privilegierten. Denn während rund 165.000 Bewerber eine Lehrstelle suchen, werden nur etwa 53.000 Stellen angeboten. Inwieweit diese aber in Anbetracht der katastrophalen wirtschaftlichen Situation überhaupt noch sicher sind, bleibt abzuwarten.

Von einer Übernahme nach der Lehre wagt derzeit eh' kein ostdeutscher Azubi mehr zu träumen. Die Realität sieht halt anders aus. Und die Realität orientiert sich derzeit an knallharten marktwirtschaftlichen, sprich kapitalistischen Prinzipien.

Unattraktive Mangelberufe

In Westdeutschland hingegen gibt es, laut Bundesbildungsbereich, ca. 100.000 offene Lehrstellen. Es mangelt besonders an Nachwuchs in den Metall-, Bau- und Baunebenberufen sowie im Einzelhandel und Handwerk. Also genau da, wo von jeher die schlechtesten Arbeits-, Lohn- und Zukunftsperspektiven feststanden und wo die Auszubildenden als billige Arbeitskräfte am deutlichsten wurde.

Hingegen findet sich ein deutlicher Bewerberüberhang bei den Büro-, Ver-

waltungs- und sogenannten technischen Berufen. Auch im Westen ist die Übernahme nach der Lehre bei sehr vielen nicht sicher. Konkurrenzdruck macht sich unter den Azubis breit.

Schaut man sich die Statistik des Arbeitsamtsbezirks Solingen unter dem Punkt erfolglose Ausbildungsplatzbewerber einmal an, so stellt man fest, daß alleine im März 1991 immer noch 691 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Davon sind 198 Ausländer. Hauptschulabsolventen bilden mit einem Anteil von über 300 Personen den größten Block. Dies alles in einer Zeit, wo uns angeblich ein zwei-

tes Wirtschaftswunder blüht.

Fazit bleibt, daß auch im Westen trotz sogenanntem Lehrlingsmangel für viele keine „Traumausbildung“ mit anschließender Übernahmegarantie winkt. Vielmehr werden kleine Eliten herangezüchtet.

Ziel für uns muß neben der Forderung nach dem Recht auf Arbeit auch das Recht auf Ausbildung und gesicherte Übernahme in den erlernten Beruf sein. Hierzu gehört auch ein Ausbildungslohn, der es jedem Azubi erlaubt, seinen Lebensunterhalt davon zu bestreiten. Azubis dürfen nicht länger als billige Arbeitskräfte für die Profitinteressen des Kapitals mißbraucht werden. Auch hier gilt die Parole: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West!“

Thomas Tauchnitz, Solingen
IG Metall-Ortsjugendausschuß

Ausbildung am Bau - Nein danke?

In der Mai-Ausgabe des „Grundstein“ (Mitgliederzeitung der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden - BSE) befindet sich ein Bericht über die Erfahrungen und Ideen von BSE-Jugend- und Auszubildenden, Auszubildenden und Gesellen. Sie versuchten herauszufinden, warum immer weniger Leute im Baugewerbe arbeiten wollen. Sie stießen auf Probleme wie: veraltete Lehrbücher an den Berufsschulen, Bessenschwingen auf Baustellen mit extra gekauften „Akkord-Besen“, um nur einige zu nennen.

Im Betrieb, wo der Auszubildende vom Bau am meisten ist, fehlen Ausbilder und Kontaktperson. So bleibt es meist dabei, daß der Auszubildende Handlanger und billige Arbeitskraft auf der Baustelle ist. Facharbeiter wird nur, wer in der Ausbildungszeit an allen Tätigkeiten auf der Baustelle ausgebildet wird. Überstunden sind die Regel, die tarifliche Arbeitszeit beträgt noch 39 Stunden pro Woche und es gibt weniger Tarifurlaub als in den meisten anderen Berufszweigen.

Deshalb fordern junge BSE'ler:

- Termine ohne Überstunden
- 35-Stunden-Woche
- qualifizierte Ausbildung im Baugewerbe durch ausreichende Zahl von qualifizierten Lehrern; neuen Formen des Lernens, wie projektbezogenes Arbeiten; Ausbildungsstellen mit Betreuung und ohne Termindruck; breite Grundausbildung.

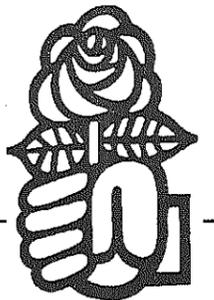
Bei der Umsetzung dieser Forderungen würde eine andere Arbeitsweise am Bau, wo Menschen nicht mit 50 Jahren verschlissen sind, ein Stück greifbarer. Also packen wir es an! Nur gemeinsam sind wir stark!

Claudia Braun, Köln
BSE-Mitglied



Azubis können spätestens im 3. Ausbildungsjahr voll in der Produktion eingesetzt werden.

... mach' mit bei den Jusos!



Umwelt

Vor uns die Sintflut?

Die scheinbar unerschöpflichen Reserven der Erde verbrauchen sich schnell. In Jahrzehnten verloren die Böden weltweit mehr Fruchtbarkeit als in Jahrtausenden entstand. Die Menschheit verbraucht heute pro Jahr soviel Energie wie die Natur in 500.000 Jahren aufgebaut hat. Die Katastrophemeldungen über den Zustand der Umwelt häufen sich.

- Nicht nur Seen und Flüsse, sondern ganze Meere drohen zu stinkenden Kloaken zu werden. Zum Teil sind sie es schon, wie die Algenpest im Mittelmeer im Sommer '90 deutlich gemacht hat.

Jährlich werden in die Nordsee eingeleitet: 1.500.000 Tonnen Stickstoff, 100.000 Tonnen Phosphor, 22.000 Tonnen Zinn, 6.000 Tonnen Blei, 3.000 Tonnen Cadmium und noch tonnenweise andere gefährliche Schadstoffe. Da viele der Stoffe nicht abbaubar sind, reichern sie sich im Meer an.

- Die Überdüngung der Böden durch landwirtschaftliche Nutzung führt zur Vergiftung von Land und Wasser. Von 1970 bis 1980 stieg der Verbrauch von Unkrautvernichtungsmitteln in der BRD um fast 100%, der von Insekten- und Pilzgiften um etwa 50%. Seitdem stagniert der Verbrauch auf diesem hohen Niveau.

Wachsende Probleberge

- Das Müllproblem ist in den letzten Jahren drastisch gewachsen. Die Deponien sind unzureichend gesichert und können die ständig wachsenden Müllberge nicht mehr aufnehmen. Die Müllverbrennung bedeutet: Belastung der Luft mit giftigen Gasen und Schadstoffen wie zum Beispiel Dioxinen. Sonder- und Giftmülldeponien stellen eine Zeitbombe dar. Bereits 1985 schätzte das Umweltbundesamt die Zahl der bundesdeutschen Altlasten auf 50.000 illegale Deponien, verseuchte Industriestandorte...

- Auf den Straßen der Ballungsgebiete findet der tägliche Verkehrsinfarkt statt. Der Autoverkehr ist ein Hauptverursacher der Luftverschmutzung, die zu saurem Regen und zur Zerstörung der Wälder führt. Asthma,

atmosphäre und die verstärkte Strahlenbelastung durch krebserregendes UV-Licht aus dem Weltall.

Klimakatastrophe

Absehbare Folgen der Klimakatastrophe sind: Anstieg des Meeresspiegels, häufigeres Auftreten von zerstörerischen Stürmen, weitere Verwüstung und Versteppung großer Landstriche, weniger Ernteerträge bei Getreide, Dezimierung der Fischbestände.

Zum erwarteten Anstieg des Meeresspiegels aufgrund der Klimaerwärmung gibt es unterschiedliche Schätzungen. Sie reichen von 50 cm bis zu 400 cm bis zum Jahre 2100. Dies stellt zahlreiche Küstenregionen vor ungeheure Probleme. Bis zum Jahre 2100 können bei einem Anstieg um 2,5 bis 3,3 Meter 26% des bewohnbaren Landes von Ägypten unter Wasser stehen. In Bangladesch würde bei einem Anstieg um 1,5 Meter 15% der Landesfläche, auf der zur Zeit 15 Mio. Menschen wohnen, von völliger Überflutung bedroht.

- Die Nutzung der Atomenergie hat große Altlasten entstehen lassen und bedeutet eine sich verschärfende Gefahr für das Leben von tausenden von Menschen. Berechnungen der amerikanischen Atomaufsichtsbehörde (NRC) gehen davon aus, daß ein Kernschmelz-Unfall in den USA in den nächsten 20 Jahren zu 45% wahrscheinlich ist. Das Risiko in den AKWs der „Dritten Welt“ und der osteuropäischen Länder liegt um einiges höher.

Seit der Katastrophe in Tschernobyl ist uns bewußt, was ein Unfall in einem AKW bedeuten kann. Mit zunehmendem Alter von AKWs steigt die Wahrscheinlichkeit von großen Unfällen. Für den atomaren Abfall ist keine sichere

Entsorgung möglich. Aus dem Betrieb genommene AKWs und Atomabfall bedeuten die ständige Gefahr von Strahlenverseuchung.

Umweltkrise im Kapitalismus

Insbesondere seit dem 2. Weltkrieg hat das Tempo dieser Entwicklung zugenommen. Verantwortlich dafür ist die verstärkte Anwendung der Agrarchemie auf großen Flächen, der enorme Zuwachs an Autos, die verstärkte Produktion von Kunststoffen und Produkten, die aus Rohöl gefertigt werden.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft muß jeder Betrieb seine Produkte zu einem möglichst billigen Preis anbieten, um Überlebenschancen zu haben. Das bedeutet, daß sowohl die Arbeitskraft der Beschäftigten als auch die Produktionsmittel und Rohstoffe möglichst billig sein müssen. Daher kommt die Tendenz, daß Betriebe Umweltauflagen nicht beachten oder unterlaufen.

Umweltschutzmaßnahmen müssen meist gegen den Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden. Das gilt sowohl für die Situation im einzelnen Betrieb wie auch gesamtgesellschaftlich.

Nur der massive Widerstand der Bevölkerung hat das Atomprogramm zumindest abgeschwächt. Verstärkte Recycling-Maßnahmen sind erst in Angriff genommen worden, nachdem die Betroffenen sich gegen immer größere Müllverbrennungsanlagen und Deponien gewehrt haben. Gewerkschaftlicher Widerstand hat die Maßnahmen zum Schutz der Belegschaften vor giftigen Werkstoffen verbessert.

Die „Umweltsensibilität“ der Großkonzerne aus den westlichen Industrieländern zeigt sich vor allem auch in ihrem Verhalten in der sogenannten Dritten Welt. Besonders umweltbelastende und für die Belegschaft gefährliche Produktionslinien werden in diese Länder verlagert. Rohstoffe wie Erze, Holz oder Öl werden ohne Rücksicht auf Umweltfolgen ausgebeutet.

Die Konzerne exportieren Waffen und Giftgas in Krisenregionen, um Profit zu erzielen. Sie haben auch kein schlechtes Gewissen, wenn sie die Umwelt verpesten, um die Produktionskosten möglichst niedrig zu halten.

Wichtige Industrieländer wie die USA oder Britannien stehen am Anfang einer Wirtschaftsrezession, die allen kapitalistischen Industrieländern über kurz oder lang bevorsteht. Diese Krise verschärft den Kampf der Unternehmer um Märkte. In dieser Situation werden die Konzerne die Furcht vor Arbeitsplatzverlust nutzen, um in der Öffentlichkeit Druck gegen Umweltauflagen für ihre Produktion zu machen. Dies ist die Erfahrung der letzten Rezession vom Anfang der 80er Jahre.

Kurieren an Symptomen reicht nicht

Am Beispiel des Umgangs mit dem kostbaren und begrenzten Rohstoff Öl läßt sich das komplette Versagen der Marktwirtschaft, ökologisch sinnvoll zu produzieren, gut nachvollziehen. Statt den Verbrauch von Öl möglichst gering zu halten, bewirken die Marktgesetze genau das Gegenteil. Ziel der Ölmultis und der Autoindustrie ist ein maximaler Verkauf von Öl bzw. Autos. Dies geschieht, obwohl jedem klar ist, daß dadurch unabsehbare Schäden für Mensch und Umwelt entstehen.

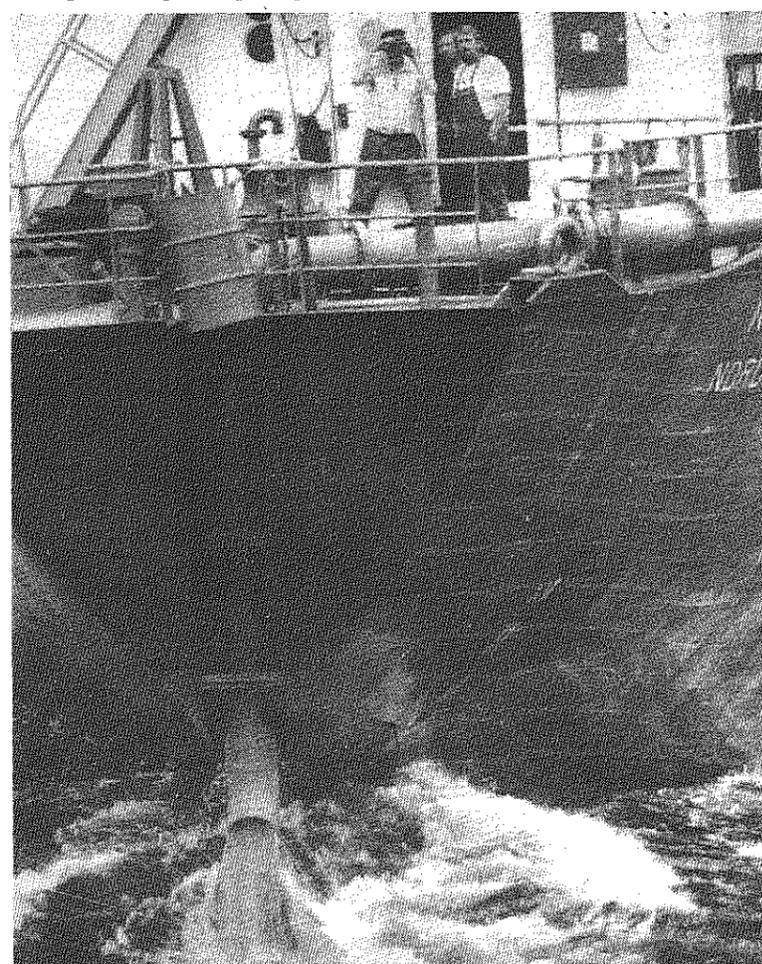
Verschiedene politische Konzepte bei den Grünen oder in der SPD gehen davon aus, daß es möglich sei, durch den Staat die Marktwirtschaft „ökologisch zu gestalten“. Dies soll hauptsächlich mittels Steuern und Verboten für bestimmte Produkte oder Chemikalien geschehen. Doch solche Maßnahmen greifen zu kurz und sind häufig im Endeffekt zum Scheitern verurteilt.

Wenn in der BRD eine bestimmte Chemikalie verboten wird, verlagern die Betriebe die Produktion eben in andere Länder. Vor allem die Staaten in der Dritten Welt, aber in Zukunft auch die Staaten Osteuropas, werden dafür genutzt. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme ist dort nahezu jede Investition in Produktionsanlagen politisch durchsetzbar - auch wenn eine Giftschleuder gebaut wird.

Durch Steuern auf bestimmte umweltschädliche Produkte können diese verteuert, und dadurch der Verkauf gedrosselt werden. Dies soll die Wirkungsweise der Ökosteuer sein. Die Ökosteuer greift aber nicht die Struktur der umweltzerstörenden Marktkräfte an, die darin besteht, daß die Konzerne im Konkurrenzkampf unter dem Zwang zur möglichst günstigen Pro-

duktion stehen. Damit kann die Ökosteuer höchstens an den Symptomen kurieren.

Die eigentliche Regierung sitzt in allen kapitalistischen Ländern nicht im Parlament, sondern in den Konzernzentralen. Durch ihre ungeheure ökonomische Machtstellung diktieren die Konzerne die Politik jeder Regierung. Dafür gibt es viele Möglichkeiten: Von direkter Bestechung der Politiker oder Finanzierung ihrer Parteien bis zur Erpressung durch Investitionsstreiks.



Vergiftung der Meere durch sogenannte „Verklappung“ von Chemieabwässern.

Die Summe tausender unternehmerischer Einzelentscheidungen unter der Obhut der bürgerlichen Staatsapparate ist verantwortlich für enorme ökologische Krisen.

Die Summe tausender unternehmerischer Einzelentscheidungen unter der Obhut der bürgerlichen Staatsapparate ist verantwortlich für enorme ökologische Krisen.

Die Summe tausender unternehmerischer Einzelentscheidungen unter der Obhut der bürgerlichen Staatsapparate ist verantwortlich für enorme ökologische Krisen.

Umweltverseuchung im Stalinismus

Die Umweltbelastung in den (ehemaligen) stalinistischen Ländern ist teilweise größer als in den kapitalistischen Industrieländern. Wir sehen dies deutlich am Beispiel der Ex-DDR. Die Ursachen für die Umweltzerstörung dort sind allerdings anderer Natur, weshalb es auch falsch ist, von „systemübergreifenden Gattungsfragen“ zu sprechen. Sie liegen hier nicht im Profitsystem, denn in Planwirtschaften wird nicht für den Profit produziert; sie liegen vielmehr in der Existenz einer diktatorischen Bürokratie. Als nationa-

listische Bürokraten haben sie in erster Linie ein Ziel: ihre Macht und ihre Privilegien zu erhalten und gegen die Arbeiter abzusichern.

1.) Jeder dieser Staaten wollte möglichst eine eigene Energieversorgung, Schwer- und Grundstoffindustrie aufbauen, ohne Rücksicht auf die Umwelt. In der DDR hat dies z.B. dazu geführt, daß zur Energiegewinnung massenhaft Braunkohle verfeuert wurde, um in der Stromproduktion unabhängig zu sein. Der Preis sind die Mondlandschaften in den Braunkohlerevieren und die extreme Luftbelastung mit all ihren Konsequenzen für Mensch und Natur.

In einer demokratisch geplanten Wirtschaft hätte umweltschonendes Erdgas aus der Sowjetunion zur Energieproduktion verwendet werden, die

Energieproduktion dezentralisiert und alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung genutzt werden können. Man hätte in erneuerbare Energieträger investieren und einen internationalen Strom- und Energieverbund im RGW aufbauen können.

2.) Aus Gründen der Systemkonkurrenz wie auch aus Angst vor möglicher Unzufriedenheit und Unruhe in der Bevölkerung wurde versucht, die Wirtschaft in enormem Tempo aufzubauen. Quantität ging vor Qualität, große Wachstumsraten vor ökonomisch und ökologisch sinnvoller Wirtschaftsentwicklung.

3.) Der wichtigste Faktor waren und sind die fehlenden demokratischen Rechte für die Bevölkerung. Daher rührt auch die Kurzsichtigkeit bei der Planung von Produktion und Investitionen, die keine Rücksicht auf die langfristigen Folgen und Umweltschäden nimmt.

Dadurch sind Schwachsinnsobjekte wie zum Beispiel die geplante Umleitung der großen sibirischen Flüsse (inzwischen hat die Bürokratie dieses Projekt zurückgenommen) zu erklären.

Demokratische Kontrolle der Planung durch Belegschaften und die gesamte Gesellschaft würde umweltschädliche Produktion und Investitionen verhindern. Es sind schließlich die



Flüsse werden zu stinkenden Kloaken: Fischsterben in den Gewässern.

Bronchitis, Lungenkrebs und Pseudo-Krupp bei Kindern sind Krankheiten, die durch die Luftverschmutzung ausgelöst werden.

Nach Angaben des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Haussmann betragen die jährlichen „Staukosten“ (für Treibstoff, der im Stau umsonst verbrannt wird) 15 Mrd. DM.

Autowracks sind schwer zu entsorgen und stellen eine ungeheure Verschwendung von Rohstoffen und Energie dar.

- Die Verbrennung von fossilen Energieträgern (Öl, Kohle, Erdgas), Produktion und Ausstoß von FCKWs (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) haben in den letzten Jahren die Atmosphäre verändert.

Diese Klimaveränderung bewirkt ein Ansteigen der Temperatur der Erd-

atmosphäre und die verstärkte Strahlenbelastung durch krebserregendes UV-Licht aus dem Weltall.

Es gibt bereits jetzt 10 Mio. „Umweltflüchtlinge“. Diese Schätzung des World-Watch-Institutes geht davon aus, daß in Afrika, Asien und Lateinamerika 8 Mio. Menschen ihre Heimat aufgrund von Verödung des Landes verlassen mußten. Dazu kommen zwei Mio. Vertriebene durch Katastrophen, die durch menschliches Einwirken verursacht oder verschlimmert wurden, wie zum Beispiel der Super-GAU in Tschernobyl. Allein durch die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden weitere Millionen in den nächsten Jahren durch die ökologische Zerstörung ihrer Heimat zu Flüchtlingen.

Die Umweltkrise hat sich in den letz-

Umwelt

Ökologische Marktwirtschaft in den neuen Ländern?

Die aktuelle Umweltsituation in der ehemaligen DDR ist schwer zu beurteilen, weil verlässliches Datenmaterial fehlt. Tatsache ist aber in jedem Fall, daß die ökologischen Probleme in vielen Bereichen größer sind als in der (Alt-)BRD. Dies gilt vor allem für die Gewässer- und Luftverschmutzung, den Zustand der Böden und für die Altlasten in Industrieanlagen bzw. den AKWs.

Die Umweltbewegung in der (Alt-)BRD hat durch starken öffentlichen Druck gerade in diesen Bereichen in den letzten 20 Jahren höhere Standards durchgesetzt. Wenn diese Standards auf das Gebiet der ehemaligen DDR übertragen würden, wäre dies in vielen Bereichen ein gewisser Fortschritt, der allerdings nicht der Marktwirtschaft, sondern der Umweltbewegung zu verdanken wäre.

Bessere Umweltstandards werden nur dann konsequent umgesetzt,

wenn die Umweltbewegung den dafür notwendigen Druck macht. Die Verantwortlichen in Industrie und Politik haben Umweltschutzmaßnahmen in der (Alt-)BRD schließlich auch erst nach großen Umweltskandalen und Protestaktionen der Bevölkerung ergriffen.

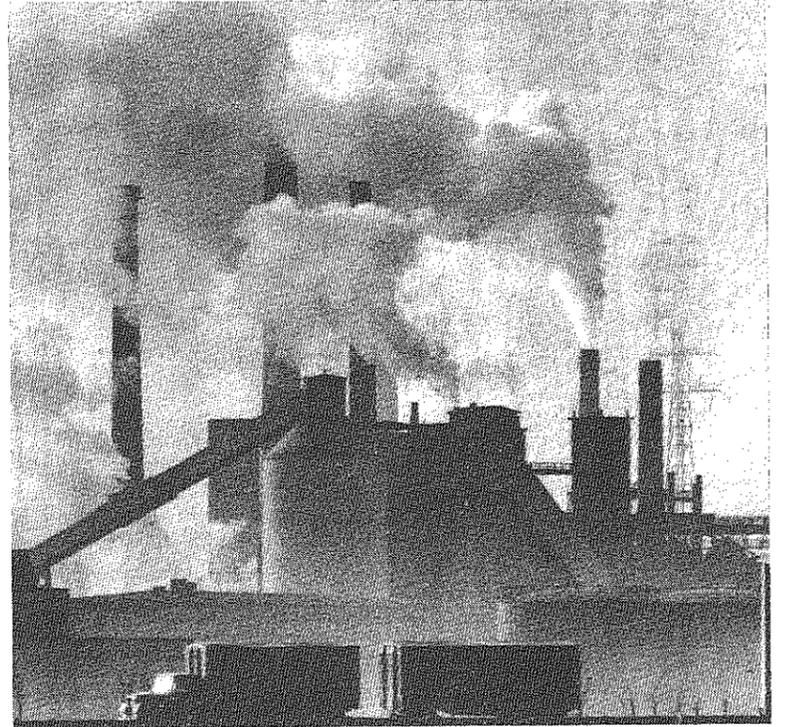
Die Vereinigung kann in einzelnen Bereichen die ökologische Situation in der ehemaligen DDR verbessern. In vielen Bereichen ist aber genau das Gegenteil der Fall.

In der (Alt-)BRD ist der Autoverkehr das Umweltproblem Nr.1. Durch Unfälle, Lärm, Flächenverbrauch und Verschmutzung von Luft und Wasser verursacht er jährlich 298,3 Mrd. DM ökologische und soziale Schäden (UPI-Studie). Genau diese Verkehrsstruktur wird jetzt auf das Gebiet der ehemaligen DDR übertragen. Das Ziel der Autoindustrie ist, den Motorisierungsgrad der

(Alt-)BRD pro Person auch in der ehemaligen DDR zu erreichen. Die politisch Verantwortlichen helfen dabei durch den massiven Ausbau des Straßennetzes und die Benachteiligung der Reichsbahn.

Was für den Verkehr gilt, ist auch beim Müllaufkommen zu beobachten. Die Müllberge in der (Alt-)BRD sind ein kaum zu bewältigendes Problem. Pro Jahr fallen 109.000.000 Tonnen Abfälle an. In der ehemaligen DDR funktionierte bis zur Vereinigung ein (sogar laut Umweltminister Töpfer) „vorbildliches“ Müll-Recyclingssystem mit Namen SERO (Sekundärrohstoff-Erfassung). 16.000 Annahmestellen mit 11.000 Beschäftigten sorgten für die beste Recyclingquote auf der Welt. Dieses Müllrecycling-System wurde im Zuge der Vereinigung zerschlagen. Gleichzeitig hat sich das Müllaufkommen durch die Westwaren-Verpackungsflut verdreifacht.

Die zwei ökologischen Hauptprobleme der (Alt-)BRD werden also auf das Gebiet der ehemaligen DDR voll übertragen. Von ökologischer Marktwirtschaft kann keine Rede sein.



Kohlekraftwerk: mit moderner Technologie wäre ein erheblich umweltfreundlicherer Betrieb möglich.



Beschäftigten und die Masse der Bevölkerung, die unter Umweltverschmutzung am meisten zu leiden haben.

Tiefenkreis von Öko- und Wirtschaftskrise

Die stalinistischen Länder befinden sich in ihrer schärfsten politischen und ökonomischen Krise seit Bestehen. Aber auch die kapitalistischen Industrieländer sind mit mehr oder weniger krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen konfrontiert. Diese Wirtschaftskrisen haben unter anderem die Folge einer ungeheuer wachsenden Staatsverschuldung.

An diesem Punkt zeigt sich die Verknüpfung der Umweltkrise mit der Wirtschaftskrise. Für Umweltsanierung wird nicht die Wirtschaft, sondern der Staat herangezogen. Die öffentli-

chen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden) bezahlen Müllentsorgung, Gewässersanierung, Waldaufforstung, usw. Der Finanzspielraum der öffentlichen Haushalte wird durch die wachsende Verschuldung aufgrund wirtschaftlicher Probleme aber immer kleiner. Dies bedeutet, daß für Umweltsanierung weniger Geld vorhanden ist. Die Verschärfung der ökologischen Krise ist das Resultat.

Andererseits machen die enormen Umweltprobleme eine staatliche Finanzierung der Sanierung unabdingbar. Die Umweltschäden, die Jahr für Jahr in der (Alt-)BRD anfallen, betragen nach einer aktuellen Studie des Umwelt- und Prognoseinstituts Heidelberg (UPI) 474 Mrd. DM.

Allein die Endlagerung des Atom- mülls oder die Stilllegung von AKWs

werden Milliarden verschlingen. Dasselbe gilt für die Bekämpfung des Vordringens der Meere oder die Sanierung undichter Müllkippen.

Damit wiederum hat die Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte verschärft. Der Kreislauf der wechselseitigen Vertiefung von Ökokrise und Wirtschaftskrise schließt sich.

Die Frage, ob die Umwelt und damit auch die Existenz der Menschheit noch zu retten ist, stellt sich ernsthaft. Sicher ist in jedem Fall, daß die globale Umweltkrise die Zerstörung der Existenzgrundlage für Millionen Menschen auf der Erde bedeutet.

Je länger wie bisher weiterproduziert wird, desto schwieriger wird die Bewältigung der Probleme.

Boris Kanzleiter, Berlin
Jungsozialist

Mit einem sozialistischen Programm gegen die Umweltzerstörung

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen hat sich in den letzten 50 Jahren zunehmend beschleunigt. Heute drohen globale Umweltkatastrophen, die das menschliche Überleben in Frage stellen.

VORAN setzt sich für jede Reform im Rahmen des bestehenden Systems ein, wenn dadurch die ökologische Situation verbessert wird. Allerdings drängen wir darauf, daß Umweltschutz nicht der Vorwand für die Verschlechterung der sozialen Bedingungen für einzelne Gruppen von Betroffenen ist. (Z. B. bei Produktionsverböten für bestimmte Chemikalien müssen Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden). Konkrete Reformschritte, für die wir kämpfen, sind:

- Sofortiger Ausstieg aus dem Atomprogramm. Sofortige Stilllegung aller AKWs; Nutzung der Überkapazitäten bei konventionellen Kraftwerken.

- Reduzierung der Schadstoffemissionen bei der Verbrennung fossiler Energieträger (Öl, Kohle, Erdgas) durch den Einsatz modernster Filteranlagen.

- Dezentralisierung der Energieproduktion unter weitgehender Eigenverantwortung der Städte und Gemeinden. Nutzung von Abwärme der Industrieproduktion.

- Umleitung und Erhöhung der Forschungsmittel in den Bereich der erneuerbaren Energieträger (Sonnen-, Wind-, Wasserenergie) und zur Erforschung möglicher Energieeinsparung in allen Bereichen (Haushalt, Industrie ...).

- Vorrang des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs vor PKW- oder LKW-

Verkehr. Massiver Ausbau der Streckennetze und Senkung der Tarife mit dem Ziel Nulltarif (statt „Bestrafung“ der Autofahrer durch Ökosteuern u.ä.). Drastische Kürzung der Investitionen für den Ausbau von Straßen, stattdessen Umlenkung der Mittel in den öffentlichen Verkehr; Güter auf die Bahn.

- Eindämmung der Verpackungsflut durch öffentliche Auflagen. Aufbau eines funktionierenden Recyclingsystems mit Sammelstellen in jedem Stadtteil. Müllvermeidung muß vor Recycling gehen. Verbleibender Müll muß ökologisch sinnvoll entsorgt werden. Grundsätzlich muß Deponierung der Müllverbrennung vorgezogen werden.

- Sofortiges Produktionsverbot von FCKWs, Asbesten und anderen gefährlichen Stoffen.

- Öffentliche Kontrolle der Schadstoffemissionen der Industriebetriebe. Einsatz modernster Technologie zur Filterung aller Emissionen.

- Schluß mit der bodenzerstörenden landwirtschaftlichen Nutzung. Aufbau einer ökologisch verträglichen Bodennutzung.

- Eindämmung der Massentierhaltung.

Die Durchsetzung dieser Forderungen wäre ein großer Fortschritt. Sie können jedoch nur gegen den Widerstand der wirtschaftlichen Herrschenden durchgesetzt werden. Die dauerhafte Absicherung solcher Reformen und eine Umkehr der umweltzerstörenden Tendenzen ist nur möglich durch eine grundlegende Veränderung der Produktionsweise im Rah-

men einer demokratisch geplanten Wirtschaft. In einer demokratisch geplanten Wirtschaft können die ökonomischen, sozialen und ökologischen Erfordernisse am besten in Einklang gebracht werden.

Eine weltweite ökologisch sinnvolle Produktion erfordert daher den radikalen Bruch sowohl mit der kapitalistischen Marktwirtschaft als auch mit der bürokratischen Mißwirtschaft.

Wie kann in einer demokratischen Planwirtschaft den Bedürfnissen der Menschen nach einem angenehmen Lebensstandard und der Notwendigkeit zur umweltfreundlichen Produktion entsprochen werden?

Gesellschaftliche Planung bedeutet zunächst, daß der Bedarf nach Konsumgütern, Transportmitteln, Wohnungen, usw. festgestellt wird. Dies kann durch verschiedene Mechanismen geschehen. Feststellen läßt sich der Bedarf nach Konsumgütern des täglichen Bedarfs zum Beispiel einfach durch den Absatz der Waren, der durch den Handel registriert wird.

Dann kommt es darauf an, die Produktion der benötigten Waren am günstigsten zu organisieren. Priorität hat dabei ein schonender und sparsamer Umgang mit Rohstoffen und die Vermeidung unnötiger Produktion. Dabei können große Erfolge erzielt werden. Mit neuen Technologien läßt sich ein erheblicher Teil des Energieaufkommens in Industrie und Haushalten vermeiden. Ein starker Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs bei gleichzeitigem Zurückdrängen des Autoverkehrs würde den Verbrauch von Rohstoffen wie Öl stark

verringern und die Luftverschmutzung eindämmen. Ökologische Agrarproduktion könnte die Ernährung sicherstellen, ohne die Böden zu vergiften.

Es gibt bereits heute ausgefeilte Konzepte von Wissenschaftlern zur Umstellung der Produktion. Diese Konzepte werden aber nicht verwirklicht, weil die Marktwirtschaft eben nach dem Profitprinzip funktioniert.

Gesellschaftliche Planung der Produktion wäre der Schlüssel zur Umsetzung dieser Konzepte. 1986 wurden 1,7 Mrd. DM öffentliche Fördermittel zur Entwicklung von Energietechnologien vergeben. Dabei floßen 1 Mrd. (60%) in die Atomenergie-, 200 Mio. (12%) in Kernfusions- und 314 Mio. (18%) in Kohleforschung - nur 175 Mio. DM (10%) wurden zugunsten einer rationellen Energienutzung und erneuerbarer Energiequellen verwendet. Diese Verteilung macht die Prioritäten der heutigen Politik deutlich.

Die Umleitung von Forschungsmitteln und eine ökologische Prioritätensetzung bieten große Möglichkeiten, die eine geplante Wirtschaft nutzen könnte. Entscheidend für das Funktionieren einer geplanten Wirtschaft ist die demokratische Kontrolle durch Belegschaften und die gesamte Gesellschaft. Dies gilt für alle Ebenen einer Gesellschaft. In den Betrieben schafft die Wahl- und Abwählbarkeit der Leitungsorgane die Möglichkeit für Belegschaften und Gewerkschaften, die Interessen der Arbeitenden zu vertreten. Gerade die Belegschaften haben ein Interesse an ökologischer Produktion, weil sie am Arbeitsplatz durch umweltschädliche Produktion am stärksten gefährdet sind.

Demokratische Strukturen in den Stadtteilen und Gemeinden ermöglichen die Teilnahme der Wohnbevölkerung an den Entscheidungen über die Kommunalpolitik. Gerade in diesem Bereich zeigt sich bereits heute das

große Interesse der Bürger an einer umweltschonenden Entwicklung. Die meisten Bürgerinitiativen wenden sich gegen umweltzerstörende Politik.

Über die Beteiligung der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Bevölkerung durch demokratische Organe an Produktionsplanung und politischen Entscheidungen hinaus kommt es darauf an, ständig eine breite öffentliche Diskussion zu führen. Gegenstand dieser Diskussion in den Medien muß der ökologische und sozial sinnvollste Weg zur Entwicklung der Gesellschaft sein. Die Experten, Wissenschaftler und Aktivisten der Umweltbewegung, die heute mit ihren Vorschlägen auf taube Ohren stoßen und gegen die Wand der Profitinteressen der Industrie rennen, werden diese Diskussion maßgeblich bestimmen.

Auf der Grundlage dieser Diskussion, den Bedürfnissen der Bevölkerung, den Interessen der Beschäftigten und der Kommunen muß die Planung der Produktion erfolgen. Dabei darf die Planung keine feste und starre Angelegenheit sein. Sie muß vielmehr ständig überprüft, korrigiert und weiterentwickelt werden.

Die politischen Entscheidungen über die Richtung der Produktion, Investitionen und die Prioritäten der Forschung und Entwicklung müssen durch demokratisch bestimmten Gremien gefällt werden. Die konkrete Ausgestaltung des Planes anhand dieser Richtlinien muß durch die Leitungs- und Verwaltungsgremien der Betriebe möglichst dezentral erfolgen.

Für alle Dezentralisierungen die Maßstäbe gelten, die bereits Lenin für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft aufgestellt hat: Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit, Rechenschaftspflicht in allen Bereichen, kein Funktionsträger darf materielle Privilegien erhalten.



Internationales

Südafrika

Kein Ende der Apartheid

Die Meldungen aus dem südlichen Teil Afrikas über gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Schwarzen Gruppen nehmen kein Ende. Immer wieder wird in den Medien über Zusammenstöße zwischen der Befreiungsbewegung ANC und „Inkatha“ – einer an Stammelementen orientierten Organisation unter Führung des Zulu-Häuptlings Buthelezi – berichtet. Als Ursache werden meist „Stammesstreitigkeiten“ genannt. Allein 1990 haben diese Kämpfe über 3000 Menschenleben gekostet.

Inkatha würde nach übereinstimmenden Ergebnissen verschiedener Meinungsumfragen bei freien Wahlen nicht einmal 10% der Wählerstimmen bekommen, der ANC dagegen über 50% (Quelle: Frankfurter Rundschau, 8.4.91). Entgegen eigenen Angaben ist Inkatha keine Befreiungsbewegung der Schwarzen, sondern ein williges Machtmittel der südafrikanischen Regierung zur Aufrechterhaltung der Rassentrennung.

Apartheid wurzelt in Ausbeutung

Denn: Die weiße Regierung hat – trotz aller Reformen und Versprechungen – kein Interesse, an der Grundlage der Apartheid, der gnadenlosen Ausbeutung der schwarzen Arbeiter, zu rütteln. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und die hohen Profite der südafrikanischen Wirtschaft, die im Verhältnis zu allen anderen afrikanischen Staaten hochentwickelt und -industrialisiert ist, ist von dem Weiterbestehen der Ausbeutung der Schwarzen abhängig. Marktwirtschaft und Apartheid als Mittel zur Unterdrückung sind hier eng miteinander verbunden.

Die weiße Regierung hat zwar die Gesetze zur Registrierung der Rassentrennung abgeschafft – nach jahrelangen Kämpfen vom Gewerkschaftsdachverband COSATU und dem ANC. Doch die Abschaffung der wirklichen Rassentrennung, d.h. gleicher Lebensstandard für alle, kann sie niemals dulden. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Herrschenden des Landes kein Interesse an Veränderungen haben, die die Grundlage für ihren Reichtum angreifen, sind die weltweiten Hoffnungen in die wirkliche Abschaffung der Apartheid durch Verhandlungen schnell Ernüchterung gewichen. Auf einer Konferenz des ANC wurde in

einer Erklärung festgestellt, daß „es keine grundsätzlichen Veränderungen in der politischen Situation“ in Südafrika gegeben habe. Stattdessen sei es Absicht der Regierung die Klerk, „weiße Vorherrschaft in einer neuen Form aufrechtzuerhalten“.

Inkatha als staatliche Hilfstuppe

Und diese Aufrechterhaltung der alten Strukturen wird von der Regierung unter anderem mit Hilfe von Inkatha betrieben. Diese überzieht die östliche



Anhänger der „Friedenspartei“ Inkatha auf dem Weg durch das Township Bekkersdaal: die angeblichen „Stammesstreitigkeiten“ in Südafrika haben politische Ursachen.

Region Südafrikas mit Terror und Mord. Trotz ihrer Bekundungen, eine „offene“ Partei zu sein, werden längst überholte Stammesteilungen am Leben erhalten; Gewerkschafter und Befreiungskämpfer werden terrorisiert, ihre Familien ermordet. Unterstützung erhält Inkatha von den Großkonzernen des Landes. Ihre politischen Versammlungen werden – ganz im Gegensatz zu

denen des ANC – massiv von der Polizei geschützt. Mit polizeilichen Razzien wird weiterhin versucht, die Schwarzen, besonders ANC-Anhänger, einzuschüchtern.

Der Anführer der Inkatha-Bewegung, Buthelezi, stützt sich hauptsächlich auf die traditionellen Häuptlingsstrukturen in seinem Homeland „Kwa Zulu“, in dem er in einer Einparteiendiktatur als ein von der südafrikanischen Regierung eingesetzter Polizei- und Ministerpräsident herrscht.

Trotz Lippenbekenntnisse zum Kampf gegen Apartheid gebrauchen Buthelezi und seine Anhänger Einschüchterung, Drohungen und Gewalt, um Streiks, Demonstrationen oder Verbraucherboykotts zu brechen. So waren dann die Inkatha-Mitglieder auch die einzigen Schwarzen, die für die Scheinwahlen im Oktober 1988 Kandidaten aufstellten. Die von der damaligen Regierung Botha als Fortschritt und Be-

mes und des auf Ausbeutung und Unterdrückung basierenden Wirtschaftssystems Südafrikas zu nutzen, schwächen und blockieren die Führer des ANC durch ihre Politik eine solche Entwicklung. In den 60er Jahren setzte die offizielle ANC-Politik auf einen Guerilla-Krieg, der den aktiven Kampf der Arbeiter lähmte.

Unzufriedenheit an ANC-Basis

Heute setzt die ANC-Führung trotz des hohen Organisationsgrades in dem Gewerkschaftsverband COSATU und Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder auf Verhandlungen mit der Apartheid-Regierung. In solchen Verhandlungen werden dann auch nur Scheinlösungen erreicht, die die wirkliche Abschaffung der Apartheid, somit auch des jetzigen Wirtschaftssystems, nicht in Angriff nehmen und die Unterdrückung durch den Staat und das Gemetzel durch die Inkatha nicht verhindern können.

Aus dieser Erkenntnis heraus regte sich in den letzten Wochen und Monaten an der ANC-Basis Widerstand gegen die Politik Nelson Mandelas und anderer ANC-Führer. Zusammen mit den Millionen Gewerkschaftsmitgliedern fordern sie ein Anknüpfen an die

großen Streikbewegungen und Aufstände aus den 70ern; sie fordern den ANC auf, die Arbeiter zu mobilisieren und den Kampf zum Sturz des südafrikanischen Regimes aufzunehmen. Die ANC-Führung sieht dies jedoch ganz anders. „Es gibt keine Alternative zu Verhandlungslösungen“ (taz 8.5.91), sagte sie, spürt aber auch den Druck von „unten“. Die Beraterin Mandelas drückt es so aus: „Wir brauchen Verhandlungserfolge. ... Wenn die Gewalt nicht stoppt, wird auch das Wort der ANC-Führung kaum noch etwas nutzen. Dann werden die ANC-Kader an der Basis die Waffenverstecke für die Selbstverteidigungseinheiten öffnen, egal, was wir an der Spitze sagen.“ (taz 8.5.95)

Und da die südafrikanische Regierung kaum in der Lage ist, weitere Erleichterungen für die Unterdrückten des Landes zu gewähren, um durch Zugeständnisse die schwarze Mehrheit der Bevölkerung ruhig zu halten, wird das Land bald vor einer Entscheidung stehen: Eroberung der Macht durch die arbeitenden Menschen oder Rückkehr zur früheren gnadenlosen Unterdrückung und Ausbeutung der Schwarzen.

„Die Zeiten“, so die Frankfurter Rundschau am 8.4.91, „wo sich Nelson Mandela und Regierungschef de Klerk lächelnd die Hände schüttelten und die Welt über den Händedruck erleichtert schon das Ende der Apartheid feierte, die Zeiten sind vorbei.“

Jörn Kroppach, Bremerhaven
Jungsozialist

UNO-Entwicklungsbericht

Aus dem diesjährigen „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des UNO-Entwicklungsprogramms UNDP:

* Über die Hälfte der rund 450 Millionen Afrikaner haben keinen Zugang zu öffentlichen Gesundheitseinrichtungen; zwei Drittel haben kein sauberes Trinkwasser; die Zahl der arbeitslosen Afrikaner hat sich zwischen 1979 und 1989 auf 100 Mio. vervierfacht.

* Die arabischen Staaten verzeichneten in den letzten 30 Jahren die weltweit höchsten Zuwächse beim pro-Kopf-Einkommen; dennoch leben über 40 Millionen Araber unter der Armutsgrenze, sind 60 Mio. Erwachsene in der Region Analphabeten.

* Nur ein Zwölftel der „Entwicklungshilfe“ der Industriestaaten und nur ein Zehntel der jährlichen Staatshaushalte der „Drittwelt-Staaten“ fließen in Maßnahmen zur sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Grundversorgung der Bevölkerung.

* In den westlichen Industriestaaten leben 100 Mio. Menschen unterhalb der Armutsgrenze.

* Die Lebenserwartung von schwarzen Männern in New Yorks Stadtteil Harlem liegt mit 46 Jahren unter der Bangladeshs.

Indien

Größte Marktwirtschaft der Welt

Indien ist bekanntlich die weltgrößte bürgerliche Demokratie. Was die indischen Wähler selbst inzwischen davon halten, haben sie bei den Parlamentswahlen im Juni gezeigt: Die Hälfte kehrte allen Parteien den Rücken.

In der Regel verloren die verschiedenen Parteien am meisten in den Bundesstaaten, in denen sie jeweils die Regierungen bilden. So verlor z.B. die Kongreß-Partei im Bundesstaat Uttar Pradesh an die Hindu-Fundamentalisten der BJP. Die Hindu-Fundamentalisten wiederum büßten in Madhya Pradesh und Rajasthan Stimmen ein, wo die Wähler enttäuschende Erfahrungen mit ihnen als Landesregierung gesammelt hatten.

Im traditionellen Kongreß-Staat Uttar Pradesh, wo Gandhi persönlich bis zu seiner Ermordung einen Wahlkreis vertrat, erlitt

die Partei mit einem Ergebnis von nur 19% (nach mageren 32% bei der letzten Wahl) eine große Schlappe.

Während westliche Journalisten gerne das alte Klischee von der „größten Demokratie“ aufgreifen, schreiben sie nie über die „größte Marktwirtschaft der Welt“. Das wäre noch weniger eine Erfolgsstory, denn laut Weltbank sind

55% der fast 700 Millionen Inder offiziell „arm“, und weitere 33% „sehr arm“. 50% der Bevölkerung sind Analphabeten, 60% haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 100 Millionen sind auf der Suche nach Arbeit.

Landverteilung

Die indische herrschende Klasse hat sich in den 44 Jahren der Unabhängigkeit als vollkommen unfähig erwiesen, mit dem Erbe des britischen Kolonialismus (ungelöste Landfrage, Kastenwesen, Unwissenheit, Aberglaube, Unterdrückung, usw.) aufzuräumen und das Land zu entwickeln. Trotz vieler Anläufe zu Landreformen wurde in diesem Zeitraum z.B. gerade mal 1% des kultivierbaren Landes von den Großgrundbesitzern an die landlosen Kleinbauern umverteilt.

Dies beschränkte die Entwicklung eines inneren Marktes. Die indische Wirtschaft ist total abhängig von ausländischem Kapital. Trotz Unterentwicklung ist sie zu einem höheren Grade monopolisiert als die japanische Wirtschaft. Die reichen indischen Familiendynastien genießen die staatliche Unterstützung durch enorme Subventionen für die Unternehmen und Pro-

tektionismus.

Korruption und Bürokratismus regieren im Alltag. Ein riesiger Schuldenberg hat sich angehäuft (70 Mrd. Dollar Auslandsschulden, 182 Mrd. Dollar Staatsverschuldung).

Kasten und ethnische Konflikte

Die Großgrundbesitzer und Monopole haben Indien in eine Sackgasse geführt, und ihre bürgerlichen Politiker wissen, daß sie keinen Ausweg haben. Deshalb versucht jede instabile Regierung und Oppositionsclique, durch demagogische Tricks ein Stückchen weiter zu kommen. Die bürgerliche Janata-Dal-Regierung, die 1989 die krisengeschüttelte Kongreß-Regierung ablöste, versuchte zynisch, sich durch die Forderung nach Arbeitsplatz-Quotierung für die Angehörigen niedrigerer Kasten eine Basis zu verschaffen. Tatsächlich sollten nur 40.000 Arbeitsplätze reserviert werden – bei gleichzeitigem Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst und auf Kosten Angehöriger anderer Kasten!

Die hinduistische BJP hetzt wiederum Extremisten zu Pogromen gegen die Mosisms auf. Sikh-Separatisten

massakrieren Hindu-Bürger bei terroristischen Anschlägen. Bürgerkrieg herrscht in den Bundesstaaten Punjab, Assam und Kaschmir.

Zerfallserscheinungen und Barbarei sind Folge der Unfähigkeit des Kapitalismus und der Feigheit der Führungen der Arbeiterparteien vor den Herrschenden. Auf Anweisung Moskaus und Pekings suchten die beiden größten Arbeiterparteien Indiens, KPI und KPI(M) jahrzehntlang sklavisch die Zusammenarbeit mit einer angeblich „progressiven Nationalbourgeoisie“. Sie unterstützten wechselweise einen der beiden größten bürgerlichen Blöcke, Kongreß und Janata, statt die Arbeiter und Bauern von ihnen zu befreien. Jetzt haben sie vergessen, wie man kämpft.

Ohne die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft werden die indischen Massen weiterhin den Preis dafür zahlen müssen.

Brent Kennedy, Köln
SPD-Mitglied

Jugoslawien

Zu den Hindergründen der aktuellen Lage in Jugoslawien haben wir in der Mai-Ausgabe (VORAN Nr. 130) einen längeren Artikel veröffentlicht. Er kann bei der Redaktion angefordert werden (2,- in Briefmarken beilegen).



Radjiv Gandhi vor dem Portrait seiner Mutter Indira: Beide wurden von extremistischen Gegnern ermordet. Der Mythos der Gandhi-Dynastie ist ohne dies verbläbt.

Internationales

Reisebericht aus der Sowjetunion Zwischen Widerstand und Warteschlange

Karg ist das Leben in Rußland geworden. Wenn es bereits unter Breschnew schlecht war, so scheint es heute noch matter, trostloser. Verhallt ist die Aufbruchstimmung der Umgestaltung (deutsch für „Perestroika“), geblieben sind die Menschen.

Zahlreich sitzen sie auf Bänken, die alten Frauen mit ihren Einkaufstaschen; nur mühsam richten sie sich auf, wenn irgendwann die Nachricht eintrifft: dort gibt es Wurst zu kaufen, Käse soll auch geliefert worden sein. Später dann stehen sie an, in der Warteschlange, krumme Rücken, tagein tag-

aus. Müde Gesichter allerorten, in überfüllten U-Bahnzügen und Straßenbahnen, an den Haltestellen der Trolleybusse, auch beim Essen in den vielen „Kafés“. Früher schon gab es wenig Waren und demgegenüber viel Geld; jetzt aber

gibt es noch weniger Waren, und das Geld verliert an Wert. Im April stiegen die Preise um das Zwei- bis Dreifache, die Löhne blieben einfach.

Die Bürokratie ist nicht imstande, die Wirtschaft auch nur einen Millimeter weiterzuentwickeln; ihre Posten will sie aber deshalb nicht räumen. Stattdessen beschäftigt sich der ganze Bürokratenhaufen damit, herauszufinden, wer der Beste unter den Unfähigen sei, um die Krise zu meistern - im Sinne und Interesse der privilegierten Elite, versteht sich.

Ich habe während meines dreiwöchigen Aufenthaltes in Leningrad öfter den Ausdruck „Das ist nur das Theater von Perestroika“ gehört, wenn Gorbatschow dies und Jelzin jenes sagte. Für die Bevölkerung hat der Flügelkampf rein gar nichts mit ihren tatsächlichen Problemen zu tun, sondern ist nur Gerangel um die Macht.

Illusionen in Marktwirtschaft

Jetzt wird die Bevölkerung mit einer „neuen Idee“ der Großen Führer auf eine bessere Zukunft vertröstet: die Marktwirtschaft. Die Propagandamaschine ist die gleiche, doch das Magazin wurde ausgewechselt - tagtäglich erleben die Menschen in der Sowjetunion ein Bombardement von Lobpreisungen über den Kapitalismus. Und Illusionen in die Marktwirtschaft wachsen, wachsen auf der Grundlage von Trostlosigkeit angesichts der unerträglichen Lage heute und der Sehnsucht nach einem besseren Leben - wie im gepriesenen Westen.

Tallinn

Auf meiner Reise sprach ich auch mit einem russischen Arbeiter in Tallinn, der Hauptstadt von Estland (Baltikum). Boris ist 25 Jahre alt und arbeitet in einem Glas-Betrieb. Zusammen mit seiner Frau Tatjana hat er einen dreijährigen Sohn. Alle drei wohnen in einem Zimmer, in der gemeinsamen

Wohnung mit Boris' Eltern, knapp 50m². Seit 1977 warten sie auf einen Telefonanschluß.

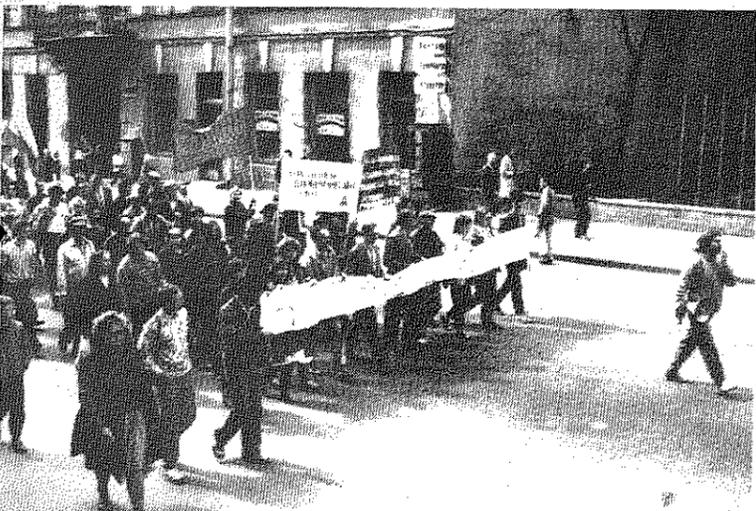
„Ich verdienen etwa 400 Rubel im Monat, wenn ich Akkord arbeite. Jetzt, nach den Preissteigerungen, reicht der Lohn für das Notwendigste vielleicht für 10-15 Tage. Eine Jeans z.B. kostet um die 1000 Rubel, einfache Schuhe 400.“

„Es ist unmöglich, hier gut zu leben, es sei denn, du bist ein Dieb.“ - Tatjana erzählt mir von den Preiserhöhungen seit August letzten Jahres: „Fleisch ist 7-10 mal teurer geworden, Gemüse 4-5 mal, Eier kosten jetzt das zweieinhalbfache und Kartoffeln sind 20 mal teurer; Kleidung kannst du jetzt zum 4-5 fachen Preis bekommen (das gilt auch für Kinderkleidung).“

„Und ich rede von den staatlichen

mer noch die Hoffnung, daß es irgendwie besser wird, ich weiß nur nicht wie. Der Alltag ist nur mit einer Hoffnung zu ertragen, glaube ich.“

Der Schock des Zusammenbruchs der stalinistischen Systeme hat bei den Menschen eine Art innerer Zerrissenheit hinterlassen. Dazu kommt eine Unmenge neuartiger Erscheinungen, die während der langen Zeit der erstarrten Regimes in einem solchen Maße unbekannt waren: sprunghaft ansteigender Drogenkonsum sowie Kriminalität, eine bewaffnete Mafia, Vergewaltigungen und Raubüberfälle; nationalistische Konflikte und Massaker; Armut, Inflation und Arbeitslosigkeit. (In diesem Jahr wird mit 30 Mio. Arbeitslosen gerechnet!) Dazu die hämmernde Propaganda für Marktwirtschaft - all das schafft Verwirrung und



„Gemischte“ Demo aus Anlaß der Umbenennung der Stadt: Spruchband vorn „Sankt Peterburg“; dahinter auf dunklem Fahmentuch „Leningrad? Ja!!!“



Alte Frauen in Leningrad warten mit Einkaufstaschen auf Nachrichten, wo es welche Lebensmittel zu kaufen gibt.

Preisen, auf dem Schwarzmarkt muß ich ein Vielfaches davon zahlen. Viele wichtige Lebensmittel kann ich nur auf Talonen (Bezugsscheine) kaufen, wie Nudeln, 1kg in 6 Monaten, die gleiche Menge Mehl für 3 Monate.“

Boris: „Alles ist total aus dem Gleichgewicht geraten. Der Grund für die wirtschaftliche Krise? Ich weiß das nicht. Dazu das Gefühl der Hilflosigkeit, als das Militär in Wilna und Riga einmarschierte...“ - Welche Einstellung hast du zu Gorbatschow oder Jelzin?, fragte ich. „Es ist einfach so traurig, aber ich kann keinem von beiden trauen, überhaupt keinem politischen Führer mehr“, sagt Boris mit einem langsamen Kopfschütteln. „Aber ich habe im-

Illusionen, nur darauf gründet sich der Wahlsieg Jelzins.

Es gibt aber auch andere Teile der Bevölkerung, nämlich diejenigen, die gegen die Bürokratie kämpfen, die selbstbewußte Forderungen aufstellen (wie den Rücktritt der Regierung) und die fähig sind, ihnen Ausdruck in Form von unabhängigen Organisationen zu verleihen. Die Bergarbeiter wie auch die Arbeiter im weißrussischen Minsk sind Beispiele, daß immer mehr Menschen - trotz zeitweiliger Illusionen in den Kapitalismus - nicht länger bereit sind, die Gestaltung ihrer Zukunft der korrupten Bürokratie zu überlassen.

Jens Breuß, Hamburg
Jungsozialist

Fortsetzung von Seite 1

Jugoslawien: Krieg in Europa

Weder die serbischen Stalinisten noch die bürgerlich-kapitalistischen Regierungen Sloweniens und Kroatiens können einen Ausweg anbieten. Sie schüren seit Jahren die nationalistischen Konflikte und verfolgen nur ihre eigenen Interessen auf dem Rücken der Bevölkerung.

Wir müssen das Selbstbestimmungsrecht der Völker Jugoslawiens verteidigen, auch bis hin zur staatlichen Losrennung. Aber es liegt auf der Hand, daß der Zerfall Jugoslawiens und die Zerschneidung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes nur Nachteile hat. Die Einführung von Binnengrenzen würde z.B. für Slowenien ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf 20% und die Schrumpfung des Sozialprodukts um -15% bedeuten (Studie der Deutschen Bank, laut Handelsblatt 26.6.91). Auch bei weitgehender Autonomie oder staatlicher Unabhängigkeit ist eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit nötig.

Nur ein einheitlicher Wirtschaftsplan für Jugoslawien, der von den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgeht und demokratisch aufgestellt und umgesetzt wird, kann eine Weiterentwicklung ermöglichen - nicht stalinistische Mißwirtschaft oder Privatisierung. Dazu ist der Sturz der herrschenden Eliten aller Schattierungen und der Aufbau echter Organe demokratischer Selbstverwaltung auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft nötig. Auf dieser Grundlage sind wirtschaftliche Fortschritte für die Bevölkerung, politische Freiheiten und nationale Selbstbestimmung für die Völker Jugoslawiens möglich.

Slowenische und kroatische Arbeiter könnten sich mit diesem Programm an die Soldaten der Bundesarmee wenden und an sie appellieren, sich nicht zum Handlanger der Belgrader Elite machen zu lassen. Viele Soldaten fühlen sich nicht wohl in ihrer Haut, nicht wenige sind schon desertiert oder haben sich gefangennehmen lassen. Auch den serbischen Arbeitern muß erklärt werden, daß sie von ihrer Regierung und serbischen Großmachtsansprüchen nichts zu erwarten haben.

Arbeitereinheit ist jetzt wichtiger denn je, um den Zerfall und soziale Katastrophen aufzuhalten. Auch die internationale Arbeiterbewegung sollte versuchen, dazu beizutragen. In der BRD sind SPD und DGB gefordert: Besonders die deutsche herrschende Klasse nutzt den Konflikt ganz unverhohlen, um sich als internationale politische Großmacht zu präsentieren. Auch der Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe und der Einsatz der UNO-„Friedens“-Truppen werden wieder ins Spiel gebracht. Es ist völlig unakzeptabel, daß sich auch führende SPD-Politiker wie Norbert Gansel daran beteiligen.

Wir sollten vielmehr alles tun, um das gegenseitige Mißtrauen unter den jugoslawischen Arbeitern verschiedener Nationalitäten abzubauen zu helfen und ihren gemeinsamen Kampf zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen fördern.

Wenn dies nicht gelingt, drohen erneute „Balkanisierung“ und Zustände wie in den 30er Jahren.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Internationale Notizen

Liverpool

Die Nachwahlen zum Unterhaus im Liverpooler Wahlkreis Walton, wo die Labour-Linke eine unabhängige Kandidatin ins Rennen geschickt hatte (neben dem offiziellen Kandidaten der Parteirechten) brachten folgendes Ergebnis:

1991 (Wahlbeteiligung 56%)	
Labour	21.317 Stimmen
Liberales	14.450 Stimmen
Labour-Linke	2.630 Stimmen
Tories	1.155 Stimmen

Zum Vergleich die Ergebnisse in diesem Wahlkreis bei den letzten allgemeinen Unterhauswahlen:

1987 (Wahlbeteiligung 73%)	
Labour	34.661 Stimmen
Liberales	11.408 Stimmen
Tories	7.738 Stimmen

Bericht folgt in der nächsten Ausgabe.

Lateinamerika

In Argentinien soll dieses Jahr wegen galoppierender Inflation erneut eine andere Währung (ein „Peso“) eingeführt werden - zum fünften Mal in 21 Jahren. Die bisherige Währung, der „Austral“, war erst im Juni 1985 mit einem Kurs von eins zu 0,8 Dollar eingeführt worden; mittlerweile be-

trägt der Kurs nur noch eins zu 0,000101 Dollar.

Auch Brasilien hat nach wie vor mit hohen Inflationsraten zu kämpfen, während die Wirtschaft gleichzeitig durch die schwerste Rezession geht: -5% in den letzten 12 Monaten. Seit 1987 gab es sechs staatliche Wirtschaftspläne, von denen fünf scheiterten. Lohn- und Preisstopps, Beschlagnahme von Spar- und Kontoguthaben, eine Politik des „knappen Geldes“ konnten die Inflation zwar abbremsen, aber nicht stoppen. Sie liegt derzeit bei ca. 10% monatlich. Kapitalflucht und Investitionsstreiks halten unvermindert an. Die Auslandsverschuldung beträgt 120 Mrd. Dollar. Dem derzeit laufenden Plan „Collor II“ wird nach Einschätzung von Experten ebenfalls kein Erfolg beschieden sein.

Golfkrieg-Folgen

Noch in diesem Jahr werden im Irak mindestens 170.000 Kinder unter fünf Jahren an den Folgen des Golfkrieges sterben; davon geht eine Studie der Internationalen Ärztevereinigung gegen den Atomkrieg (IPPNW) aus. Mehr als die Hälfte aller Krankenhäuser im Land seien geschlossen. Laut Greenpeace haben rund fünf Millionen Menschen im Irak Wohnung oder Arbeitsplatz ver-

loren. Die Gesamtzahl der Opfer des Krieges wie der anschließenden Niederwerfung der Aufstände von Schiiten und Kurden schätzte der türkische Ministerpräsident Özal auf 400.000 Menschen. Auch General Schwarzkopf räumte mittlerweile ein, daß die „Alliierten“ 150.000 irakische Soldaten getötet haben.

Nichtsdestotrotz ließ er sich bei der fünf Millionen Dollar teuren „Mutter aller Siegesparaden“ im Juni in New York als Held feiern - in einer Stadt mit 3,5 Mrd. Dollar Haushaltsdefizit, wo in Kürze Bibliotheken, Obdachlosenheime, Schulen und Schwimmbäder geschlossen werden sollen.

Seit dem „Feldzug für Demokratie“ hat die Liberalisierung in Kuwait weitere Fortschritte gemacht. Wahlen sind vorläufig auf Oktober 1992 verschoben. Laut „Frankfurter Allgemeine“ (22.6.91) soll es rund 450 Verfahren gegen angebliche Kollaborateure geben, 29 sind schon abgeurteilt, darunter 25 Todesurteile. Folterungen im Gefängnis und Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren seien an der Tagesordnung. Die britische Zeitung „The Independent“ meldete unter Berufung auf US-Angaben, daß Sohn und Neffe des kuwaitischen Kronprinzen und Regierungschefs persönlich Todesschwadronen gegen Oppositionelle organisiert und angeführt hätten.

Seite Zehn

Dafür kämpft VORAN:

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Familienplanung; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Er-

satzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.

- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.

- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.

- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Mahmoud in Isolationshaft

Der palästinensische Gewerkschafter Mahmoud Masarwa, der seit Juli 1988 in israelischen Gefängnissen sitzt und 1989 zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, ist jetzt durch die israelische Justiz in ein anderes Gefängnis verlegt worden. Dort haben sich seine Haftbedingungen extrem verschlechtert: Isolationshaft, psychischer Druck, Besuchszeiten nur noch 30 Minuten alle zwei Wochen!

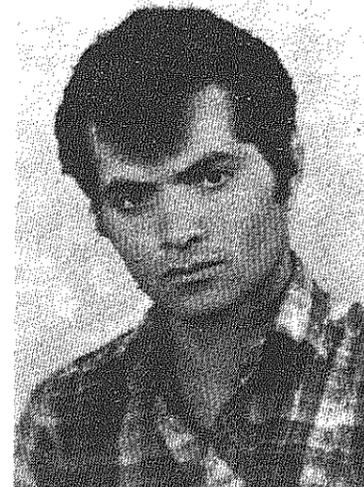
Offenbar soll Mahmoud vor seinem zweiten Prozeß müde gemacht werden. Sein Berufungsverfahren findet am 8. August statt und wird von einer internationalen Prozeßbeobachter-Delegation verfolgt. Die internationale „Freiheit für Mahmoud“-Kampagne wird von zahlreichen Gewerkschaftern und Sozialisten sowie Gewerkschafts- und Parteiorganisationen vieler Länder unterstützt. Das Europa-Parlament verabschiedete 1988 eine Solidaritäts-Resolution. Eine Broschüre über den Fall kann bei der Redaktion bestellt werden (16 Seiten, englisch, 3 DM Soli-Preis in Briefmarken beilegen).

Im Monat Juli spendeten zugunsten der Kampagne: Jusos aus Stuttgart und Aachen 57,83 DM; Nürnberger Jusos 220,- DM; SPD-Ortsverein Fürth 100,- DM. Gesamtstand damit: 2457,42 DM. Die Gelder werden z.B. für Rechtsanwaltskosten, Unterstützung von Mahmouds Familie, Finanzierung der Prozeßbeobachter-Delegation benötigt.

Wir fordern alle Leser, insbesondere SPD- und Gewerkschaftsgliederungen auf, vor diesem Verfahren noch einmal besonders aktiv zu werden und die Proteste an den israelischen Staat zu

verstärken.

Urlaubszeit ist Reisezeit. Infotische in der Nähe von israelischen Reisebüros und der Fluggesellschaft El Al werden mit Sicherheit die Aufmerk-



samkeit der Bevölkerung wecken. Ebenso sollte versucht werden, Berichte über das Schicksal Mahmouds oder Aktionen zu seiner Freilassung in die lokalen und überregionalen Zeitungen zu bekommen. Aber bitte dabei nicht das Spendenkonto vergessen. Denn Geld ist jetzt vor dem Verfahren nötiger denn je.

Wir sollten deutlich machen, daß das Schicksal von Mahmoud – stellvertretend für all die anderen palästinensischen Gefangenen in Israel – nach wie vor internationale Beachtung findet.

Mahmouds neue Adresse: Ashmorat-Gefängnis, Postfach 86, Netanya, Israel 42 100

Protestbriefe an: Israelische Botschaft, Simrockallee 2, 5300 Bonn 2

Kopie an: „Freiheit für Mahmoud Masarwa“, c/o Wiebke Möbius, Oranienstr. 165, 5000 Köln 91

Spendenkonto: Postgiroamt Köln, Konto-Nr. 415996-503, BLZ 370 100 50

Kampffonds
Urlaubs-Spende erwünscht

Eine wichtige gesellschaftliche Gruppierung versucht in der UdSSR, die Regeln des Kapitalismus anzuwenden. Der „Club junger russischer Millionäre“ will das schlechte Image von Millionären in der SU aufpolieren und gegen „räuberische Steuern“ kämpfen. „Spekulation bringt die Wirtschaft voran“, meint der Vorsitzende. Weiterhin will der Club für seine Mitglieder Tennisplätze, Reitställe und ähnliches bauen – denn ohne entsprechende Vergünstigungen würde sich der Versuch, eine kapitalistische Herrschaft zu errichten, nicht lohnen (FAZ 11.6.91).

In der SU versuchen die Herrschenden, zu Kapitalisten zu werden; bei uns sind sie es schon immer gewesen.

VORAN kämpft gegen die Kohl-Regierung, weil ihre Politik nur den Spekulanten und Bonzen zugute kommt, während wir immer mehr blechen sollen. Auf Spekulation können wir uns dabei nicht verlassen, sondern nur auf eure Spenden und Aktivitäten zugunsten des Kampffonds.

Aufgrund der großen Spendensammlungen bei Seminaren konnten wir jetzt einen Scanner und neue Software für zusammen fast 1800,- DM kaufen (siehe auch die neuen Schriftzüge bei Überschriften). Doch wir brauchen den Kampffonds nicht nur für Anschaffungen, sondern auch, um unsere laufenden Ausgaben zu decken.

Im 2. Quartal sind bis zum 5.7.91 13.294,19 DM bei uns eingetroffen. Unterstützer aus Aachen konnten durch Zeitungsüberschüsse im Mai fast 200,- sammeln. Ein Spendenappell auf einer VORAN-Veranstaltung in Köln brachte 270,- und ein Flohmarkt in Stuttgart 303,- DM. Unterstützer aus Solingen und Remscheid organisierten ein Kampffonds-Essen mit einem Erlös von 80,- DM. Gerade Einzelspenden werden im Sommer besonders wichtig. So spendete Sigi aus Müllheim 200,- DM von seinem Urlaubsgeld und ein Berufsschüler aus Köln 80,- DM.

Bitte überweist den im Juni gesammelten Kampffonds möglichst schnell,

denn wir sind vom Ziel noch ein gutes Stück entfernt.

Für die Monate Juli bis September haben wir uns ein Ziel von 20.000,- DM gesteckt, denn im Sommer sind auch die Ausgaben niedriger. Wegen der Ferienzeiten müssen wir uns trotzdem anstrengen, um dieses Ziel zu erreichen. Fragt alle Unterstützer, ob sie in den Sommer- oder Semesterferien jobben und für VORAN einen Tageslohn spenden! Fragt Arbeiter und Angestellte nach einer Spende aus ihrem Urlaubsgeld! Außerdem könnt Ihr im Sommer Standaktionen mit Getränkeverkauf oder Feten zugunsten des Kampffonds organisieren.

Geert Möbius, Köln, Jungsozialist

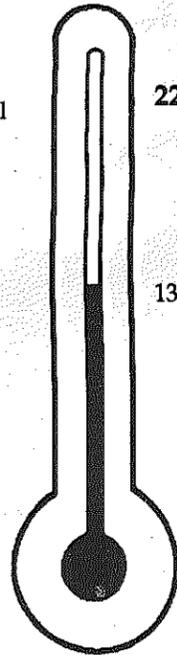
Ziel
2. Quartal
April,
Mai,
Juni

22.500,-

13.294,19

Stand:
5.7.1991

Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430



ihr da oben . . .

Nur keinen Neid
aufkommen lassen

Metro, Tengelmann, Henkel – Reichtum heute scheint hinter anonymen Namen von Konzernen zu verschwunden zu sein. Oder doch nicht ganz. Das Wirtschaftsmagazin „Forbes“ hat die reichsten deutschen Familien ermittelt. Die Duisburger Familie Haniel, die u.a. an der Metro-Gruppe beteiligt ist, hat 9,5 Mrd. DM auf der hohen Kante und führt die Liste von 85 bundesdeutschen Familien oder Einzelpersonen mit über 1 Mrd. DM Privatvermögen an. Auf Platz 2 schaffte es Tengelmann-Eigentümer Haub mit 8,7 Mrd. DM, gefolgt von der Henkel-Familie mit 7,7 Mrd. DM.

Die 85 Milliardäre und 315 reichsten Millionäre haben zusammen 330,88 Mrd. DM auf ihren Privatkonten, das sind 16,78 Mrd. mehr als vor einem Jahr.

Aber bevor unberechtigter Sozialneid aufkommt, haben ganz Schlaue ausgerechnet, daß eine Umverteilung

nur rund 4.200 DM pro Kopf ausmachen würde. Diese Rechenkünstler gehen wohl davon aus, daß „der deutsche Arbeiter“ das Geld gleich in der nächsten Kneipe verkonsumieren würde. Daß man mit 330 Mrd. auch ganz erkleckliche Investitionen finanzieren, und damit die Grundlage zur Schaffung weiteren Reichtums legen könnte, ist ihnen wohl nicht in den Sinn gekommen. So müssen z.B. die Ostdeutschen wohl noch eine Weile auf die versprochene „blühende Industrielandchaft“ warten...

Manche sind gleicher

Im Sommer 1990 fuhr der deutsche Fahrer eines Reisebuses in Rom eine junge Touristin an und verletzte sie schwer. Noch vor dem Eintreffen der Polizei verschwand der Fahrer, der keinen gültigen Busführerschein besaß, vom Unfallort. Ein ganz normaler Fall von Körperverletzung im Straßenverkehr und Unfallflucht – sollte man meinen. Aber nicht, wenn der Fahrer Werner Niefer heißt und Vorstandsvorsitzender der Mercedes-Benz AG ist. Die mit der Sache befaßten baden-württembergischen Staatsanwälte wußten, was sie ihrem Haus- und Hof-Konzern schuldig sind: sie stellten das eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Niefer schnell wie-



der ein. Dies fand der „Späth-Untersuchungsausschuß“ des baden-württembergischen Landtags durch Nachbohren der SPD-Mitglieder gewissermaßen nebenbei heraus. Es geht doch nichts über die Unabhängigkeit der Justiz in diesem unserem Rechtsstaat...

ABM à la Siemens

In punkto Auftragsbeschaffungsmaßnahmen ist der Siemens-Konzern auf der Höhe. Um einen Auftrag zum Einbau von Prozeßleittechnik für ein Münchner Klärwerk zu ergattern, sollen zwei Siemens-Spitzenmanager 600.000 DM Schmiergeld an einen, inzwischen inhaftierten, städtischen Angestellten gezahlt haben. Gegen die beiden wurde Haftbefehl erlassen.

An Aufträge aus Riesenhubers Forschungshaushalt kommt man dagegen gefahrloser. Subventionen in Höhe von 3,24 Mrd. DM sahnte Siemens hier zwischen 1983 und '89 ab – vermutlich ganz ohne Schmiergeld.



. . . wir hier unten

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte
um weitere Informationen



Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/13 45 04



Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
 VORAN weiterverkaufen und bestelle _____ Exemplare
 (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
 Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Konto-Nr. 250059-430

Aus Betrieb und Gewerkschaft



Jahrhundertvertrag in Gefahr

Kampf der Bergleute unterstützen

Die Bergleute in den Revierländern NRW und Saarland bereiten sich auf den Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze vor. Hintergrund dafür sind die Pläne von Wirtschaftsminister Müllemann (FDP), die einen Kahlschlag im Kohlebergbau vorzusehen. Laut Angaben der SPD-Bundestagsfraktion will Müllemann bereits 1992 die Kohleförderung um 10 Mio. Tonnen senken. Dies bedeutet die Entlassung von 20.000 Bergleuten.

Müllemann will, daß ab 1992 rund 5 Mio. Tonnen Kohle weniger verstromt und gleichzeitig 4-5 Mio. Tonnen weniger verhüttet werden. Von 1992-94 will Müllemann so 2,5 Mrd. DM öffentliche Hilfen einsparen. Zur Zeit werden 40,9 Mio. Tonnen verstromt. Schon heute wird also der „Jahrhundertvertrag“ nicht eingehalten, der eine garantierte Verstromung von 43 Mio. Tonnen jährlich bis 1995 vorsieht. Diesen Vertrag will Müllemann brechen.

Die Kosten der deutschen Einheit

sind der Bundesregierung über den Kopf gewachsen. Nun versucht sie krampfhaft Gelder einzutreiben, um die größten Löcher im Haushalt für die Ex-DDR zu stopfen. Die Bergleute sollen neben den Werftarbeitern die Ersten sein, die das zu spüren bekommen.

Angleichung nach unten

Jetzt zeigt sich, was die Bundesregierung unter Angleichung des Lebensstandards in Ost und West versteht. Es ist eine Angleichung nach unten. Wenn

es der Bundesregierung nicht gelingt, im Osten neue Arbeitsplätze zu schaffen, könnte der wachsende Unmut der Bevölkerung zu groß für sie werden. Deshalb nimmt sie regionale Kämpfe wie jetzt im Ruhrgebiet in Kauf.

Die Äußerungen Müllemanns riefen heftigen Protest unter den Bergleuten hervor. In Bergkamen kam es zu einer spontanen Arbeitsniederlegung von rund 1000 Ruhrkohlekumpel. Sie errichteten einen Galgen und verbrannten eine Strohpuppe, die Müllemann darstellte. Während einer aktuellen Stunde im Düsseldorfer Landtag demonstrierten rund 1000 Bergleute gegen den Abbau der Kohlesubventionen. Sie trugen einen Sarg mit der Aufschrift: „Wenn es an der Ruhr brennt, wird es Euch in Bonn zu heiß!“

SPD-regierte Länder

Die Berleute sind zum Kampf bereit. In einem Interview mit RTL sagte ein Kumpel: „Im Vergleich zu dem, was wir hier abziehen werden, wird das in Rheinhausen nichts gewesen sein. Not-

falls fahren wir nach Kamen zum Autobahnkreuz und kippen es mit Kohle zu. Dann habt ihr drei Tage und drei Nächte zu schaufeln.“

CDU und FDP waren „erschreckt“ über die Form des Protestes und sprachen von symbolischer Lynchjustiz. Die NRW-Landesregierung und die IGBE-Führung hatten nichts Besseres zu tun, als sich bei der Bundesregierung für die Aktionen der Bergleute zu entschuldigen. Dabei haben diese Aktionen sehr richtig gezeigt, daß das Vorhaben von Müllemann verbrecherisch ist. Er will ganze Regionen in die Arbeitslosigkeit schicken und tausenden Menschen die Lebensgrundlage und Perspektiven nehmen. Anstatt diesen Kampf zu unterstützen, biedert sich die SPD- und Gewerkschaftsführung an die Bundesregierung an. Jeder Arbeitsplatz muß erhalten werden! Die SPD-geführten Länder müssen gemeinsam gegen die Pläne zum Subventionsabbau der Regierung vorgehen.

Oliver Brunhuber, Aachen
Jungsozialist

Subventionen

Über die Subventionierung des Kohlebergbaus macht Müllemann viel Geschrei. Andere Subventionsempfänger können sich da diskret im Hintergrund halten. Zum Beispiel der Daimler-Konzern, der mit all seinen Tochtergesellschaften zwischen 1983 und 1989 von der Kohl-Regierung 15 Mrd. DM Forschungssubventionen erhielt (laut Angaben SPD-Fraktion). Allein 1989 sahnte er 45% aller Forschungssubventionen an die Industrie ab, nämlich 2,7 Mrd. DM, was laut „Zeit“ rund 80% der von Daimler abgeführten Steuern entspricht. Aber einem so notleidenden Konzern wie Daimler, mit nur 19 Mrd. DM liquiden Rücklagen, muß die Bundesregierung natürlich energisch unter die Arme greifen ...



Protest der Bergleute vor dem Düsseldorfer Landtag: Die SPD-regierten Länder müssen gemeinsam gegen Bonn vorgehen.

Wegen Kritik am Tarifabschluß ÖTV-Sekretär gefeuert

„Wird dieser Tarifabschluß insgesamt bilanziert, so zeigt sich, daß die materiellen Verbesserungen durch spürbare Verschlechterungen bei den tariflichen Arbeitszeitnormen erkaufte wurden. Ein Ergebnis, das tarifpolitisch reaktionär ist und sich gegen die gewerkschaftliche Beschlußlage richtet.“

So wertete Michael Wendl, Gewerkschaftssekretär in der ÖTV-Bezirksverwaltung Bayern für den Bereich Gesundheitswesen, den diesjährigen ÖTV-Tarifabschluß. In einem Artikel für die „Kölner Politischen Informationen“ (Nr. 2, Mai '91) warf er auch die Frage auf, ob die Verhandlungen ein abgekartetes Spiel waren. Die Antwort des ÖTV-Hauptvorstandes kam post-

wendend: fristlose Entlassung.

Um die notwendige Zustimmung des Betriebsrates zu umgehen, berief sich die ÖTV-Führung auf den Tendenzschutz - eine Klausel für weltanschaulich ausgerichtete Betriebe, deren Mißbrauch sonst von der Gewerkschaft (z.B. bei den Kirchen) heftig bekämpft wird. Mittlerweile haben sich der bayerische ÖTV-Bezirksvorstand, der ÖTV-Gesamtbetriebsrat wie auch eine Reihe anderer ÖTV-Gremien und Aktivisten mit Wendl solidarisiert. Zu offenkundig ist das Bestreben der ÖTV-Führung, einen kritischen linken Sekretär loszuwerden.

Michael Wendl war von 1984 bis 1986 Landesvorsitzender der bayerischen Jusos. Inzwischen ist er Mitglied

des SPD-Bezirksvorstandes Südbayern; seit 1980 arbeitet er als Gewerkschaftssekretär.

„Ein offener Diskurs erfordert Mut und souveränen Umgang mit Kritikern“, so ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies in einem Buch zur „Zukunft des öffentlichen Dienstes“. Vorläufig scheint im ÖTV-Hauptvorstand noch die Vergangenheit zu triumphieren.

Die Redaktion fordert alle Leser, besonders die ÖTV-Mitglieder, auf, sich mit Michael Wendl zu solidarisieren und Protestresolutionen an den ÖTV-Hauptvorstand zu schicken (Kopien an Michael Wendl und die ÖTV-Bezirksverwaltung).

Hier die Adressen:

ÖTV-Hauptvorstand, Theodor-Heuss-Straße 2, 7000 Stuttgart 1; ÖTV-Bezirksverwaltung, Schwantaler Straße 64, 8000 München 2; Michael Wendl, Landsberger Straße 509/4, 8000 München 60.

Schlußbericht der Deregulierungs-Kommission

Abbau tariflicher Rechte in Theorie...

Die von der Kohl-Regierung 1987 eingesetzte Deregulierungskommission empfiehlt schwerwiegende Angriffe auf das Tarifsystem und den Sozialstaat. Im Schlußbericht der „unabhängigen“ zehnköpfigen Expertenkommission „zum Abbau marktweidriger Regulierungen“ wird der Bundesregierung empfohlen, die Tarifautonomie abzuhebeln.

Die Kommission wurde angeblich zur „Revitalisierung der Marktwirtschaft“ einberufen, doch läßt sich aus dem Papier ganz klar herauslesen, daß es hierbei eher um die Machtinteressen der Unternehmer geht. Im Kapitel „Ar-

beitsmarkt“ werden Forderungen erhoben, die fast keinen zentralen Bereich des Arbeitsschutzes verschonen:

- Unternehmen sollen „im Notfall“ durch Betriebsvereinbarungen Löhne, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld und Kündigungsfristen vorübergehend herabsetzen können.

- Langzeitarbeitslose, die mindestens ein Jahr ohne Beschäftigung sind, sollen nach Vorstellung der Kommission mit weniger Lohn und verlängerter Probezeit zufrieden sein.

- Die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen soll beschränkt werden.

...und Praxis

Am 28. März 1991 liefen bei Mercedes Benz in Kassel annähernd 70 Zeitverträge aus. Am 25. März war noch immer nicht klar, wer von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen einen Festvertrag bekommen würde. Auf einer plötzlich einberufenen Betriebsratsitzung am gleichen Tag wurde den anwesenden Betriebsratsmitgliedern mitgeteilt, daß 28 der Zeitverträge in einen Festvertrag umgewandelt würden.

Doch nicht „geschenkt“ - nein, eine Bedingung sollte vom Betriebsrat erfüllt werden: „Die Zahl der befristeten Einstellungen wird aus heutiger Sicht für das ganze Jahr 1991 in der Größen-

ordnung von 160 liegen.“ Falls der Betriebsrat dies nicht schriftlich zusichern würde, so sollte keiner der auslaufenden Zeitverträge in einen Festvertrag umgewandelt werden.

Ist dies faire Verhandlung oder Erpressung?! Der Leser hat bestimmt schon sein Urteil gebildet.

Es fand sich eine Betriebsratsmehrheit, die sich der Werksleitung unterordnete und einer Ausdehnung der befristeten Zeitverträge auf ca. 145 (aus heutiger Sicht) für das ganze Jahr 1991 stattgab. Die Kettenreaktion kann man sich gut ausmalen: Zeitverträge - Festverträge - mehr Zeitverträge usw.

Der Werks- und Personalleitung scheint es darum zu gehen, die Praxis der Zeitverträge zum Dauerzustand zu machen. So erklärte der neue techni-

-befristete Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten sollen um weitere 18 Monate verlängert werden dürfen.

In dem Bericht wird weiter gefordert, die bestehende Arbeitszeitordnung sowie die Ladenöffnungszeiten zu „liberalisieren“. Das würde vermehrt Nacht- und Wochenendarbeit bedeuten.

Das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit soll aufgegeben werden - zugunsten privater Arbeitsvermittler. Welche Folgen dieses haben könnte, möchte ich anhand eines Beispiels aus meinem Betrieb aufzeigen. Dort werden in der Kantine Hilfskräfte

sche Werksleiter, H. Landmann, daß aus seiner Sicht 8 Prozent der direkten Belegschaft aus Beschäftigten mit Zeitverträgen bestehen müsse. Nur so könne flexibel genug auf Marktschwankungen reagiert werden.

Es wird dringend Zeit, daß der Betriebsrat seine Rolle der Werksleitung gegenüber überdenkt und auch die entsprechenden Konsequenzen zieht. Mit Unterschiedenheit muß er sich der von der Werksleitung praktizierten Personalpolitik entgegenzusetzen. Ein erster Schritt könnte die Verweigerung der Unterschrift unter weitere Zeitverträge (nach § 99 Betriebsverfassungsgesetz zulässig) sein.

Claudia Braun, Köln
ehemalige Jugendvertreterin bei Mercedes-Benz in Kassel

über eine Zeitarbeitsvermittlung eingestellt. Meist sind dies Ausländer(innen), die stündlich 15,- DM verdienen, wobei hiervon 5,- DM an die Zeitarbeitsvermittlung fließen. Was für Folgen private Vermittlungsstellen in einer Rezession haben, läßt sich nur ahnen.

Durch diesen sehr weitgehenden Abbau von sozialen Errungenschaften glaubt die Deregulierungskommission, die Arbeitslosigkeit im Handumdrehen abbauen zu können.

Ähnliche Fehleinschätzungen haben



Arbeitsplatz Kaufhaus: Mit der „Liberalisierung“ der Ladenschlußzeiten sollen weitere Vorstöße Richtung Flexibilisierung gemacht werden.

VORAN

Inhalt

Rechtsextremismus in den neuen Ländern	Seite 3
Sowjetunion	Seite 8
Jugoslawien	Seiten 1 + 9
Fahrpreiserhöhung Berlin	Seite 5

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 132 - Juli/August 1991

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen

Kein §218 in Ost und West

Die CDU versucht schon seit Jahren, die Debatte um die Abtreibung auf moralischer oder sogar krimineller Ebene abzuhandeln. Die FDP gibt sich etwas „liberaler“, sieht aber in ihrem Gesetzentwurf zur Neuregelung des §218 den Beratungszwang für Frauen vor.



100.000 demonstrierten im Juni 1990 in Bonn gegen den §218.

Aber am Beispiel der fünf neuen Länder kann wirklich jeder sehen, daß die Frage der Abtreibung einen materiellen und sozialen Hintergrund hat.

In der ehemaligen DDR ist die Zahl der Abtreibungen nach Einführung der Marktwirtschaft um ein Vielfaches gestiegen, die Geburtenrate um ca. 50% gesunken. Immer mehr Leute entschließen sich für ein Leben ohne Kinder oder nur mit einem Kind. Der Zusammenhang mit den wirklichen Ursachen ist nicht mehr zu vertuschen. Diese sind:

- extrem steigende Arbeitslosigkeit;
- steigende Mieten und Nebenkosten;
- steigende Preise für Grundlebensmittel;
- Gefahr der Abschaffung von Hort, Kinderessen an Schulen, Kindergärten usw.

Paragrafen helfen nicht

Alles, was ein Kind zur materiellen Absicherung des Lebens so braucht, wird immer unerschwinglicher. Aber auch die Situation der Frau selbst spielt eine Rolle: Chancenungleichheit, Doppelbelastung, Schlechterstellung in Be-

ruf und Gesellschaft. Auch die Väter brauchen mehr Freizeit für Kinder, Familie und Haushalt.

Nicht zuletzt entscheiden sich viele Frauen und Männer gegen neues Leben aus Angst vor sich andeutenden ökologischen Katastrophen, wegen kinderfeindlicher Einstellung in unserem Staat und mangelnder Perspektive für die Gesellschaft überhaupt.

Probleme in der kapitalistischen Gesellschaft, die so kraß sind, daß sich viele Frauen und auch Männer gegen neues Leben entscheiden, sind nicht durch Paragraphen zu lösen. Daher müssen wir gemeinsam in Ost und West gegen den §218 und für eine menschenwürdige Gesellschaft kämpfen.

Kinderfreundliche Bedingungen schaffen

Kinder sind unsere nachfolgende Generation. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, ihnen eine würdige Zukunft zu bieten. Dann werden sich auch wieder mehr Frauen und Männer mit Freude zu Kindern entscheiden. Wir sollten so lange weiter kämpfen, bis unsere alten Forderungen durchgesetzt

- sind:
- Ersatzlose Streichung des §218, für kostenlose Abtreibung.
 - Mehr Aufklärung an Schulen und kostenlose Verhütungsmittel.
 - Wesentlicher Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, mehr Wohnungen für Alleinerziehende und kinderreiche Familien.
 - Höheres Kindergeld und höhere Löhne gerade für Frauen; Alleinerziehende dürfen nicht zur sozialen Randgruppe abgestempelt werden.
 - Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich; 6-Stunden-Tag für Männer und Frauen; Aufteilung der Erziehungsarbeit.
 - Genügend kostenlose staatliche und ganztägige Kindergärten und Kindertagesstätten sowie Ganztagschulen mit dem erforderlichen qualifizierte Personal.
 - Kampf um eine gesunde Umwelt (Wasser, Luft, Boden). Unsere Kinder sind noch mehr gefährdet als wir.

Wir brauchen gesellschaftliche Bedingungen, in denen ein Leben mit Kindern wieder Freude macht und verantwortlich ist.

Kerstin Hellwig, Aachen
Jungsozialistin



Konsumenten-Verschuldung

1,2 Mio. Haushalte zahlungsunfähig

Rund 35% aller Privathaushalte in den alten Bundesländern haben Schulden, und 1,2 Millionen der 18 Millionen Haushalte sind zahlungsunfähig. Dies besagt eine Studie des Bundesjustiz- und -familienministeriums.

Der Umsatz im westdeutschen Einzelhandel ist 1990 um 10,8% angestiegen. Die Kehrseite davon sind Verbraucherkredite, die im vergangenen Jahr um sechs Prozent auf 19,2 Milliarden angewachsen sind. Eine Renaissance erlebt auch der Ratenkauf, der sich um 5,3% auf 33,7 Milliarden erhöht hat. Dabei ist der Umsatz des Versandhandels 1990 um 16,9% angestiegen.

Anschaffungskredite, Überziehungskredite, Scheckkarten, Ratenkauf und Leasing lassen Schulden in unserer Gesellschaft zur Gewohnheit werden. Nicht zuletzt darauf beruht auch der lange Konjunktur-Aufschwung, der schon seit geraumer Zeit ein Aufschwung auf Pump ist. Längst nicht allen Schuldnern geht es dabei schlecht,

so lange dem ein relativ gutes Einkommen gegenübersteht.

Konsumentenkredite werden meist von jungen Leuten zwischen 25 und 35 aufgenommen, die eine Familie gründen wollen. In Zahlungsschwierigkeiten geraten jedoch 56% durch Kündigung des Arbeitsplatzes, andere durch Kurzarbeit, Krankheit oder Ehescheidung. Die Probleme werden noch verschärft, wenn die Banken die Darlehen kündigen, weil einige Raten nicht bezahlt wurden, und der Verschuldete bei sogenannten Kreditvermittlern Hilfe sucht, die mit überhöhten Zinsen und Gebühren Umschuldung anbieten.

Von lebenslänglich auf 7 Jahre

Bisher müssen Verbraucher lebenslänglich für ihre Schulden zahlen und können allenfalls nach 30 Jahren auf eine Verjährung hoffen. Dabei sind sie gegenüber einer GmbH benachteiligt, bei der nach einem Konkursverfahren keiner mehr für die verbleibenden

Schulden aufkommen muß.

Das soll jetzt ein neues Gesetz ändern, das die Bundesregierung einbringen will. Nach sieben Jahren Jahren Wohlverhalten - d.h. der Kreditnehmer muß „zumutbare Arbeit annehmen und jeden Arbeitsplatzwechsel melden“ - wird der aufgelaufene Betrag auf die Gläubiger verteilt und die Restschuld per Amtsgerichtsbeschluss erlassen.

Das geplante Gesetz verhindert nicht die Überschuldung, es regelt sie nur, wenn der Verschuldete durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Scheidung, durch Verschulden der Bank oder hohe Verzugszinsen nicht mehr zahlen kann - mit großen Einschränkungen für den Verschuldeten.

Vor allem Gläubiger und Staat können sich davon erhoffen, demnächst mehr von ihrem Geld wiederzusehen. Denn beim bisher geltenden Recht hat der Privatschuldner kein Interesse an einer teilweisen Abzahlung, weil er überhaupt keine Chance für einen

Neuanfang sieht. So arbeiteten überschuldete Frauen und Männer meist schwarz.

Während Banken sich mit den Zinsen goldene Nasen verdienen, der Versandhandel blüht und Automobilhersteller durch Kredite mehr Autos verkaufen, trägt der Schuldner nach wie vor das größte Risiko, nämlich jahre-

lang für nichts als für aufgelaufene Schulden zu arbeiten. Auch „sieben Jahre Wohlverhalten“ können dem Verschuldeten keine unmittelbare Lebensperspektive geben.

Wie wär's mit einem Gesetz, das jedem einen Arbeitsplatz und anständigen Lohn garantiert? Dann kämen die meisten gar nicht erst in finanzielle Bedrängnis. Aber das ist in einer „sozialen Marktwirtschaft“ wohl schon zu viel verlangt.

Karin Hartmann, Köln
Jungsozialistin

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.